

Zeitschrift für Diskursforschung
3. Beiheft 2018

**Zeitschrift für
Diskursforschung**
Journal for
Discourse Studies

**(Kon-)Texte des
Politischen**

3. Beiheft

Łukasz Kumiega | Christian Karner (Hrsg.)

BELTZ JUVENTA

Inhalt

<i>Lukasz Kumięga, Christian Karner</i> Zum Politischen in Texten und in deren Kontext: theoretische Verortungen	3
<i>Christian Nestler, Jan Rohgalf</i> Mitte contra Mainstream Kämpfe um Deutungsmacht und Wählermarkt	16
<i>Christian Karner</i> (Kon-)texte kontrastierender Europapolitik in Österreich	54
<i>Alicja Raciniewska</i> Politisierte Kleidung und politischer Charakter von Mode	80
<i>Julia Maria Zimmermann</i> Von Andersens Märchen und Goldenen Röcken: Zum Geltungsanspruch europäischer Gleichstellungspolitik und nationalstaatlicher Abwehr im Europäischen Parlament Eine narrative Aussagenanalyse	111
<i>Jacob Nuhn</i> AktivistInnen, Alternative, KrawallmacherInnen Framings der Bewegung „Freiheit und Frieden“ in der „Gazeta Wyborcza“ im Revolutionsjahr 1989	142
<i>Janett Haid</i> Das politische Wir – Eine semantisch-pragmatische Analyse zur Verwendung der ersten Person Plural in öffentlichen Reden von nord- und lateinamerikanischen Politikern	178
<i>Silvia Bonacchi</i> Schlagbilder, Schreckbilder, Wohlfühlbilder Eine diskurslinguistische Analyse von visuellen Konstruktionen mit handlungsleitendem Charakter am Beispiel der Islam-Debatte	211

Peter Schiffauer, Izabela Jędrzejowska-Schiffauer
Sprachliche Formen bei der Bewältigung der europäischen
Wirtschafts- und Finanzkrise: Wege zur Integration oder
Desintegration?

235

Mitte contra Mainstream

Kämpfe um Deutungsmacht und Wählermarkt

Zusammenfassung: Der Begriff „gesellschaftliche Mitte“ ist in der Regel positiv besetzt: etwa ausgeglichen, vernünftig, normal oder pragmatisch. Deshalb gehört er zu jenen Begriffen, die politische Akteure versuchen für sich zu besetzen und mit denen Wahlkämpfe geführt werden. So bedient die Partei „Alternative für Deutschland“ erfolgreich das Narrativ des politischen und medialen „Mainstream“, der den Kontakt zu „Menschen im Land“ mit ihren tatsächlichen Meinungen, Interessen und Nöten verloren habe. Hierin ist eine Intervention zu sehen in die Kämpfe um Deutungsmacht über das, was in der Gesellschaft als normal, vernünftig usw. gilt. Der Beitrag untersucht dieses Narrativ vor dem Hintergrund der ökonomischen Theorie der Demokratie als auch vor der Folie der Deutungsmacht.

Schlüsselwörter: Mitte, Deutungsmacht, AfD, CDU, contre-démocratie

Summary: The ‘middle-class’ is usually associated with positive attributes such as moderate, reasonable, pragmatic or normal. Therefore, political actors turn to this concept, especially in electoral campaigns. Newcomer to the German party system the ‘Alternative für Deutschland’ utilized the ‘middle-class’ with outstanding success. The party deploys a narrative claiming that mainstream media and politics had lost touch with the ordinary people with their opinions, interests and grievances. Pitting this mainstream against an allegedly true middle-class, the party engages in a struggle for the power of interpretation of what is supposedly normal and reasonable in contemporary Germany.

Keywords: middle-class, power of interpretation, Alternative für Deutschland, Christlich Demokratische Union, contre-démocratie

1. Einleitung

„Seit die Achtundsechziger ihren ‚Marsch durch die Institutionen‘ vollendet haben, sind sowohl der öffentliche Diskurs als auch das von ihm geprägte Parteiensystem im Vergleich zu dem nach links gerückt, was sich demoskopisch als reale Meinungsverteilung der Bevölkerung ermitteln lässt.“ (Patzelt 2015a)

Der Politikwissenschaftler Werner Patzelt spricht seinem Forschungsobjekt, den so genannten „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida), die im Winter 2014/2015 mit wöchentlichen Demonstrationen europaweit für Furore sorgten, aus der Seele. Wenngleich ernsthafte Zweifel an Patzelts Urteil angebracht sind,¹ nennt er doch einen aktuellen Zankapfel beim Namen. Die Gegenüberstellung von „realer“ Mehrheitsmeinung und gesellschaftlicher Mitte einerseits sowie politischem und medialem Mainstream andererseits, von öffentlicher und veröffentlichter Meinung, ist freilich alles andere als neu, hat aber im Laufe der Jahre 2013–2015 durch das Auftreten von Pegida und die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) deutlich an Prominenz gewonnen.

Wir haben es hier zum einen mit der Klage über ein Repräsentationsdefizit zu tun, das sich nicht allein auf das politische System erstreckt, sondern auch „die Medien“ betrifft: Die „normalen BürgerInnen“, so die Kritik, spielten in der Öffentlichkeit keine Rolle mehr und würden sich deshalb in dieser Gesellschaft nicht mehr heimisch fühlen. Zum anderen beobachten wir einen Kampf um die Deutung der gesellschaftlichen Mitte, um die Deutung dessen, was in der Gesellschaft als normal und mehrheitsfähig gilt. Die Mitte ist deshalb für politische Akteure mit Blick auf die Ansprache potentieller Wählerschichten wichtig. Der Kampf um die Bedeutung der Mitte findet fraglos nicht im luftleeren Raum statt, sondern rekurriert auf semantische Traditionen. Mit der Mitte wird in der Regel ein Komplex von Bedeutung assoziiert, der sich mindestens bis auf Aristoteles' Mesotes-Lehre

1 So suggeriert er letztlich, dass die Bundesrepublik fest im Griff einer kleinen Minderheit von Alt-68ern sei. Dabei geht er geflissentlich darüber hinweg, dass tatsächlich ein breitenwirksamer – und wissenschaftlich erforschter – Wertewandel vonstattengegangen ist, siehe etwa Inglehart (1998), Castells (2010). Gegen die von Patzelt wissenschaftlich vorgetragene Position gibt es auch Widerspruch an seiner Universität.

zurückverfolgen lässt. Drei maßgebliche Bedeutungsfacetten können dabei unterschieden werden:²

Ökonomisch unterschied bereits Aristoteles die Mitte einerseits von den „sehr Reichen“, andererseits von den „sehr Armen“ (Aristoteles 1965, 1295 b). Allerdings hatte Aristoteles keine kapitalistische Wirtschaft vor Augen. Ökonomischer Tausch dient ihm zufolge naturgemäß dem Ziel, „die Mängel auszufüllen, die der natürlichen Selbstgenügsamkeit des Lebens im Wege stehen“ (Aristoteles 1965, 1256 a-1259 a). Das „Streben nach immer erneutem Gewinn, nach Rentabilität“ (Weber 2006, S. 11), die nach Max Weber den Kapitalismus kennzeichnet, ist Aristoteles noch ein widernatürliches Ansinnen.

Charakterlich meint die Mitte ein ausgeglichenes Gemüt, das von extremen Gefühlszuständen in die eine oder andere Richtung gleichermaßen Abstand hält. Auch hier finden sich Anklänge bei Aristoteles, der ausdrücklich einen Bogen von der ökonomischen Mittellage zur Ausgeglichenheit, dem richtigen Maß und der Tugend als Mitte zwischen den Extremen schlug (Aristoteles 1965, 1295 b).

Politisch evoziert die Mitte die Vorstellungen von Verlässlichkeit, Dauerhaftigkeit und Ausgleich. Oftmals wird der Zusammenhang zu den anderen Facetten hergestellt. Ebenfalls Aristoteles äußerte so den Gedanken, dass eine Regierungsform am stabilsten sei, die sich auf einen breiten ökonomischen Mittelstand verlassen könne. Dieser könne ein Gegengewicht zu den Übertreibungen der Reichen wie der Armen darstellen und so der Gefahr des Verfalls in Oligarchie respektive Ochlokratie, der „zügellosesten Form der Demokratie“, begegnen (Aristoteles 1965, 1295 b-1296 a). Zu Recht weist Kurt Lenk darauf hin, dass die Mitte auch mit einer Politik der Vernunft, des Augenmaßes und des Machbaren verbunden wird, aber auch mit dem Respekt vor dem historisch Gewachsenen (Lenk 2009). Die Mitte soll dann den Unterschied markieren zum großen Gesellschaftsentwurf, zur Ideologie und zur Utopie, die am *lunatic fringe* propagiert werden.³ Diesen wird vorgeblich nüchterner, überparteilicher Pragmatismus gegenübergestellt, der beansprucht, von der Mehrheit getragen zu werden.

2 Zur Semantik von Mitte gewohnt zuverlässig: die „Geschichtlichen Grundbegriffe“, Art. Mittelstand (Conze 1978). Siehe aber auch: Fischer (2007), Münkler (2012).

3 Andersherum ist der Avantgarde gerade die „Trägheit“ der Mitte ein Dorn im Auge, wie Münkler (2012, v.a. S. 25-43, S. 128-136) anmerkt. Liberale und konservative Kritik des utopischen Denkens treffen sich im Rekurs auf die charakterliche wie politische Mitte, vgl. (Neusüss 1972), zur Anatomie des utopischen Denkens jetzt auch Rohgalf (2015a).

Diese semantischen Traditionen bilden den Hintergrund der gegenwärtigen Kämpfe um Deutungsmacht über die Mitte der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, denen sich der vorliegende Beitrag widmet. Dazu wird zunächst der konzeptionelle Zugang (2.) zum Kampf um die Mitte dargelegt. Dafür werden der Wähler und seine politische Verortung in den Blick genommen (2.1). Danach geht es in Anlehnung an Anthony Downs um die Ausrichtung der Parteien an dem dieserart kartographierten Wählermarkt (2.2). Schließlich wird im Verständnis Art. 21 GG der Aspekt „die Parteien wirken an der Meinungsbildung“ mit, insofern hinterfragt, als sie selbst Architekten ihres eigenen Erfolges sein können, wenn sie das Verständnis von Mitte gestalten. Ausgehend von diesen Überlegungen wird die CDU im neuen Jahrtausend betrachtet (3.). Allgemein wird ihr unter dem Vorsitz und der dann folgenden Kanzlerschaft Angela Merkels eine Bewegung zur Mitte bzw. nach links nachgesagt. Vereinfacht lässt sich dies, je nach Standpunkt, entweder als Modernisierung oder als Substanzverlust beschreiben. An diese Überlegungen knüpft die für uns zentrale Diskussion eines konkreten Deutungskampfes um die Mitte an: Es wird erörtert, wie die AfD es vermochte, aus der Gegenüberstellung von Mitte und Mainstream Profit zu schlagen. Das Augenmerk liegt dabei auf der Frühphase der Partei, die maßgeblich durch deren federführenden Mitbegründer Bernd Lucke geprägt war. Es interessiert hier der Eintritt einer neuen Partei in den politischen Wettbewerb. Bereits hier zeichnete sich die Strategie ab, die die Partei im Kampf um Deutungsmacht nach der Entmachtung Luckes im Juli 2015 nur um einiges deutlicher gefahren hat (4.). Abschließend wird der Rekurs auf die Dichotomie Mitte vs. Mainstream durch die AfD in einen breiteren Kontext gestellt (5.).

2. Der Kampf um die Mitte – konzeptioneller Zugang

Auf den folgenden Seiten wird die politische Mitte im Fokus stehen. Lediglich Seitenblicke werden geworfen auf die Aspekte der Ökonomie und des Charakters. Wie können die Mitte und der Kampf um die Mitte konzeptionell erfasst werden?

2.1. Die Wahlberechtigten und ihre politische Verortung

Nehmen wir zunächst an, dass wir für alle Wahlberechtigten jeweils einen Wert ermitteln können, der ihre jeweilige politisch-ideologische Verortung

in einem Links-Rechts-Schema widerspiegelt. Wir gehen davon aus, dass wir mittels geeigneter demoskopischer Methoden die Positionierung aller Wahlberechtigten zu einer Reihe bedeutender Politikfelder (Außenpolitik, Wirtschaft, Verteidigung, Familie, Gesundheit, Soziales, Umwelt usw.) erheben und daraus einen Index errechnen können.⁴

Dabei ist klar, dass es sich hierbei um eine Vereinfachung der Wirklichkeit handelt. Aber die Detailfragen und technischen Schwierigkeiten, mit denen eine solche Erhebung verbunden ist, brauchen uns hier nicht zu interessieren. Ebenso können wir an dieser Stelle darüber hinweggehen, dass eine Abfrage der politischen Positionierung der Wählerschaft in Begriffen von links und rechts bereits eine Definition davon beinhaltet, was und wo die Mitte ist. Eine solche Definition ist für unsere Zwecke unerheblich. Uns interessiert lediglich eine relative Position der Wahlberechtigten (weiter rechts, weiter links), nicht eine absolute Position (Rechts – Mitte – Links).

Ausgehend von dieser Erhebung können wir auszählen, wie viele Wahlberechtigte sich an jeder ideologischen Position befinden. Wir können diese Werte in ein Diagramm eintragen, dessen X-Achse die Links-Rechts-Position abbildet und die Y-Achse die Anzahl der Wahlberechtigten, die diese Position teilen. Auf diese Weise erhalten wir eine graphische Repräsentation der politischen Verortung des *demos* oder genauer: der Verteilung der politischen Positionierung innerhalb dessen.⁵ Wenn in politischen Auseinandersetzungen die „reale Meinungsverteilung in der Bevölkerung“ (Patzelt 2015a) gegen die verzerrte Repräsentation in der „veröffentlichten Meinung“ ins Spiel gebracht wird, dann haben die Verfechter der „öffentlichen Meinung“ so eine Art von Kurve respektive die Fläche unter dieser im Kopf. Diese Verteilung weist oft eine große Stabilität auf, auf die politische Akteure bauen können. Ebenso jedoch sind immer wieder Verschiebungen zu konstatieren. Gesellschaftliche Gruppen können sich radikalieren, aber auch große Teil der Gesellschaft können sich nach links oder rechts „bewegen“, wenn etwa die Toleranz gegenüber Fremden merklich größer wird oder wenn eine marktliberale Wirtschaftspolitik einer keynesianischen in der öffentlichen Wertschätzung den Rang abläuft.

4 Zur allgemeinen Verwendung siehe u. a.: Jahn (2011, 2014), Lo/Proksch/Gschwend (2014). Praktische Anwendung findet man unter anderem in dem Band Nohlen/Stöver (2010), wo es für jedes dargestellte Land eine Abbildung der Parteien auf der Links-Rechts-Skala gibt.

5 Dabei stellt sich Realität, zumal bei freien und geheimen Wahlen, als dermaßen komplex dar, dass es nicht möglich ist, gleichsam den *demos* als Fläche unter der Kurve klassisch als Integral zu berechnen.

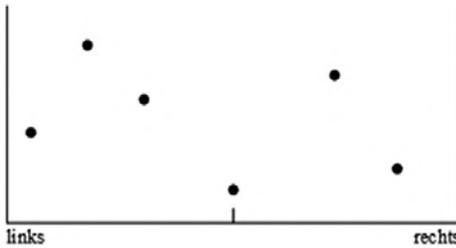


Abb. 1: Verteilung politischer Positionierung in einem Links-Rechts-Schema

2.2. Die Parteien und die Orientierung an der Mitte

Die Präferenzen der Wahlberechtigten sind nicht zuletzt von großem Interesse für die strategische Ausrichtung politischer Parteien. Hiermit spielt die Identifizierung der (politischen) Mitte der Gesellschaft und die Orientierung an dieser Zielgruppe eine nicht zu unterschätzende Rolle. In der Mitte werden Wahlen gewonnen (Schmidt 2004, S. 457). In der Politikwissenschaft wird dieser Umstand auch als Medianwählermodell diskutiert (*median voter theorem*).

Einflussreich formuliert hat Anthony Downs (zuerst in: Downs 1957) dieses Modell. Auch er ordnet in seiner ökonomischen Theorie der Politik die Präferenzen der Wahlberechtigten auf einer Links-Rechts-Achse an. Orientiert am US-amerikanischen Fall geht er zudem zunächst von zwei tonangebenden politischen Parteien aus. Diese positionieren sich mit Programmen bestimmter ideologischer Ausrichtung auf dem politischen „Markt“. So teilen sich die beiden Parteien das politische Spektrum untereinander auf. Zwar sind die Parteien ideologisch nicht gänzlich immobil, aber – so Downs überzeugender Einwand – sie würden ihre Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie ihre Positionierung zu drastisch veränderten, indem sie die jeweils andere Partei rechts bzw. links „überholen“ würden. Um Stimmen hinzuzugewinnen, würden sich die Parteien nach diesem Modell inhaltlich aufeinander zu bewegen. Allein im Spektrum zwischen den von den Parteien bislang bedienten Positionen kann auf Stimmengewinne gehofft werden. Diejenigen Wahlberechtigten, die sich links von der weiter links stehenden Partei verorten, würden, wenn sie wählen gehen, trotzdem dieser Partei ihre Stimme geben. Das Gleiche gilt für die weiter rechts stehende Partei und die Wahlberechtigten, die sich rechts von dieser sehen. Allerdings wendet Downs gegen frühere Fassungen des Medianwählermo-

dells⁶ ein, dass die Orientierung an der Mitte auf der impliziten Annahme beruht, dass die ideologische Positionierung des *demos* eine unimodale Verteilung aufweist. Besitzt die Gesellschaft hingegen kein solches ideologisches Zentrum, sondern ist in zwei Lager gespalten (bimodale Verteilung), so verspricht eine Bewegung nach rechts respektive nach links keinen Stimmengewinn.

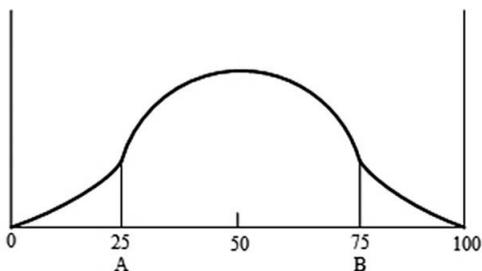


Abb. 2: Zweiparteiensystem (Partei A-B) und unimodale Verteilung der Präferenzen nach Downs]

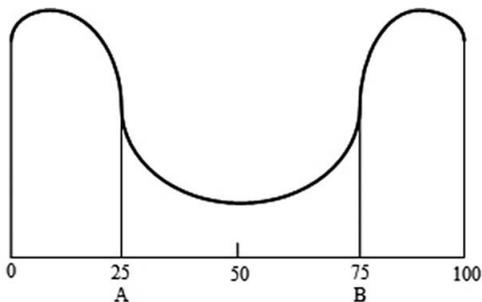


Abb. 3: Zweiparteiensystem (Partei A-B) und bimodale Verteilung der Präferenzen nach Downs]

Allein im ersten Fall ist die Orientierung an der Mitte der Gesellschaft für Parteien strategisch sinnvoll. Wohlgermerkt bezeichnet Mitte hier eine relative Position, nicht eine absolute. Sie meint so nicht die Mitte zwischen den Randpositionen im politischen Spektrum – bei Downs etwa die 50 als Mitte zwischen 0 (der äußerste linke Rand) und 100 (der äußerste rechte Rand). Vielmehr ist die Mitte jene ideologische Position, an der und um die herum sich das Gros der Wahlberechtigten konzentriert. Als solche kann sie weiter

6 Klassisch, aber lediglich en passant bei Hotelling (1929).

links oder weiter rechts liegen oder sich über die Zeit zur einen oder anderen Seite verschieben.

Downs will dieses Modell nicht auf den überschaubareren Fall des US-amerikanischen Zweiparteiensystems beschränkt wissen, in dem es das Wahlsystem neuen Parteien darüber hinaus schwer macht, Fuß zu fassen. Ein Mehrparteiensystem ist ihm zufolge wahrscheinlich bei einer multimodalen Verteilung der politischen Präferenzen, die mehr als zwei (lokale) Maxima aufweist. Für die Parteien ist es, so Downs, strategisch klug, auf ihrer Position zu verharren, da sie sonst ihren Konkurrenten eine offene Flanke bieten und so Gefahr laufen würden, Wählerstimmen zu verlieren.

Jedoch ist der deutsche Fall etwas anders gelagert als in Downs Modell. Deshalb verdienen es einige Besonderheiten des deutschen Mehrparteiensystems, erwähnt zu werden. Konkret ist das deutsche Parteiensystem seit dem Zweiten Weltkrieg durch eine hohe Stabilität gekennzeichnet. Nach den ersten Wahlen findet bis 1976 eine Konzentration auf zwei große, sogenannte Volksparteien – CDU/CSU und SPD – sowie eine kleine, als „Königsmacher“ agierende Partei, die FDP, statt (Alemann 2010). Die erfolgreichen Neugründungen finden beide am linken Rand statt. Dabei sind Die Grünen eine originäre Neugründung aus einem gesellschaftlich relevanten Thema, das im Zuge des so genannten postmaterialistischen Wertewandels (Inglehart 1998) virulent wurde. Die PDS/Die Linke ist zum einen das Ergebnis der deutschen Wiedervereinigung und damit des Beitritts eines besonders gelagerten Wählermarktes (Vollmer 2013). Zum anderen geht in der Partei Die Linke die kurzlebige WASG auf, die sich von der SPD aus Protest gegen die neoliberalen Reformen des Sozialstaats („Agenda 2010“) abgespaltete. Gleichwohl fügen sich diese neuen Parteien nach einer Phase der Anpassung und Entwicklung von Vollprogrammen (Nestler 2015, S. 259–262) in die bereits vorhandenen politischen Blöcke, bürgerlich vs. links, ein. In dieser Konstellation ist nach der Rückkehr der FDP in das bürgerliche Lager das von Downs beschriebene Zielen auf Wählerstimmen in der Mitte durch klare Koalitionsaussagen auch im deutschen Mehrparteiensystem wieder wahrscheinlich, da es für die Parteien attraktiv ist. Schwierigkeiten erwachsen allerdings aus der Schwäche der FDP. Sie ist 2013 aus dem Bundestag ausgeschieden und hat die CDU/CSU nach 2005–2009 in eine weitere große Koalition „gezwungen“. Weiterhin zeigt sich, dass die Parteien des linken Lagers, welche in den 2000ern zum Teil eine strukturelle Mehrheit hatten, auf Bundesebene momentan keine parlamentarischen Mehrheiten auf die Beine stellen können. Die Gräben zwischen Die Linke einerseits sowie der SPD und den Grünen andererseits sind zu tief und für eine Neuauflage von Rot-Grün schneidet die SPD in der Wählergunst eindeutig

zu schwach ab. Das Modell Schwarz-Grün wird zwar parteistrategisch und medial viel diskutiert und in Hessen sowie in Baden-Württemberg (gar als Grün-Schwarz) auf Landesebene praktiziert, ist aber im Bund noch nicht reif für die Umsetzung.

Letztlich ist mit dem Aufkommen der AfD 2013 erstmals eine Partei in Erscheinung getreten, die sich anschickt eine Etablierung rechts der Union zu bewerkstelligen (Nestler/Rohgalf 2014). Dabei kritisiert sie zum einen einen „Substanzverlust“ der CDU und postuliert zum anderen, dass die Mitte weiter rechts liege, als das Parteiensystem es nahelege. Damit sind wir bei einem wichtigen weiteren Aspekt von Mitte angelangt.

2.3. Mitte und Deutungsmacht

Wie gesagt, die unter 2.1. skizzierte Verortung der Wählerschaft auf einer Links-Rechts-Achse ist stark idealisiert und liegt so bestenfalls für einzelne Themen vor. Ähnlich verhält es sich mit der Verortung der Parteien selbst. Der Begriff der Mitte ist unter diesen Bedingungen vergleichbar mit den Ideologien bei Downs. Ideologie ist dort nicht zu verstehen als Täuschung oder als falsches Bewusstsein (wie klassisch bei Karl Marx). Statt Ausdruck eines irrationalen Glaubens zu sein, erfüllt sie nach Downs den Zweck, kostspielige Prozesse der Informationsbeschaffung (über die Positionierung der WählerInnen bzw. Parteien) abzukürzen. Ideologien stellen ein komprimiertes Gesamtpaket dar, das eine schnelle Verortung erlaubt – in dieser Hinsicht ist der Rekurs auf Ideologien rational.⁷ Ganz ähnlich fungiert auch die Mitte in der politischen Kommunikation als Mittel, das allen Beteiligten Zeit und Aufwand erspart. Hierdurch verliert die inhaltliche Bestimmung von Mitte freilich an Schärfe.

Hinzu kommt noch, dass Parteien nicht allein strategisch auf eine vorgefundene Verteilung ideologischer Positionierungen auf Seiten der Wahlberechtigten reagieren. Sie gehören auch zu jenen politischen Akteuren, die öffentliche Meinung und die Positionierung der WählerInnen zu verändern suchen. Im positiven Sinn versuchen sie, die Öffentlichkeit zu überzeugen. Es muss aber auch davon ausgegangen werden, dass ebenso Überredung und Manipulation zu Anwendung kommen.⁸ So oder so haben wir es in der

7 Für eine ähnliche rationalistische Interpretation der Ideologie siehe auch Boudon (1989).

8 Nach Art. 21 des Grundgesetzes wirken die Parteien bei der „politischen Willensbildung des Volkes“ mit. Sie erfüllen eine wichtige Funktion bei der Interessen- und Mei-

Politik nicht zuletzt auch mit Kämpfen um Deutungsmacht oder gar um Hegemonie zu tun (Laclau/Mouffe 2001). Insofern greift das Modell von Downs zu kurz.

Wenngleich es auch Parteien gibt, die ihr Alleinstellungsmerkmal gerade in der Positionierung an den politischen Rändern sehen, spielt in den Kämpfen um Deutungsmacht der Rekurs auf die Mitte der Gesellschaft eine wichtige Rolle. Angesichts der mit der Mitte verbundenen positiven Konnotationen ist dies nicht verwunderlich. Es geht für die politischen Akteure letztlich darum, den positiven, jedoch inhaltlich unterbestimmten Begriff der Mitte im eigenen Sinne zu besetzen. Fraglos funktioniert das aber auch nicht ohne jegliche empirische Grundierung.

Die Besetzung der Mitte der Gesellschaft besteht aus zwei Teilen. Zum einen wird postuliert, dass es eine unimodale Verteilung der ideologischen Positionierung und politischer Präferenzen gibt, wie wir sie in Abb. 2 gesehen haben. Zum anderen aber wird ein gewisses politisches Spektrum um den Gipfel herum identifiziert, das als Mitte der Gesellschaft bezeichnet wird. Dabei ist nicht unbedingt von einer symmetrischen Verteilung um den Gipfel herum auszugehen.

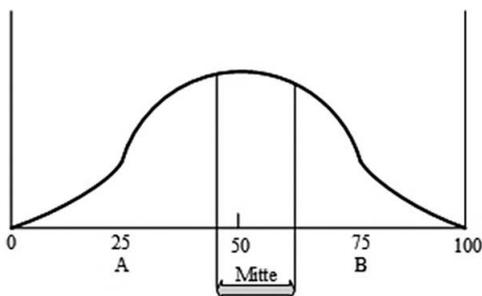


Abb. 4: Die postulierte Mitte

Mit dieser Identifikation wird eine Behauptung über das aufgestellt, was in der Politik als „normal“ und akzeptabel, vernünftig diskussionswürdig sowie gemäßigt und demokratisch (im Unterschied zu extrem) gilt. Es wird so ein Maßstab eingeführt, an dem die Positionierung von Akteuren und ihren

nungsakkumulation. Zugleich sehen sie sich dem Vorwurf ausgesetzt, nicht nur bei der Willensbildung mitzuwirken, sondern diese zu monopolisieren. Kritisch ist dann etwa vom „Parteienstaat“ (Hennis 1998) die Rede. Die fehlenden Optionen bei dieser Meinungsbildung werden nicht zuletzt auf die Reduzierung auf Parteien als Vehikel des Wählerwillens zurückgeführt (Nestler 2014).

Äußerungen zu messen ist. Innerhalb der Mitte kann freilich wiederum zwischen weiter links und weiter rechts unterschieden werden. Auch wird es Grenzgänger geben. Je weiter die Positionierung außerhalb der Mitte liegt, desto entschiedener die Ablehnung. Im politischen Diskurs der Gesellschaft können so durchaus unterschiedliche, miteinander konkurrierende postulierte „Mitten der Gesellschaft“ zu finden sein.

Ein Beispiel für die erfolgreiche Etablierung einer Mitte-Vorstellung ist sicherlich die Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Weimarer Republik, in der die gemäßigten, republikanischen Parteien gegenüber den Nationalsozialisten einerseits und den Kommunisten andererseits ins Hintertreffen gerieten, diente als Negativfolie („Bonn ist nicht Weimar“), vor der sich ein starker anti-extremistischer-Konsens formierte (Sontheimer 2004). Die politische Stabilisierung hing zudem unmittelbar mit der ökonomischen Erholung zusammen. Im Angesicht des so genannten Wirtschaftswunders schienen die sozio-ökonomischen Konfliktlinien der Vorkriegszeit maßgeblich entschärft zu sein. Das Bild einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft bestimmte lange entscheidend das Selbstverständnis der alten Bundesrepublik (Fischer 2007, S. 72–91; Münkler 2012, S. 205–239).

Wir werden uns im Folgenden mit dem prominent von der rechtspopulistischen AfD erhobenen Vorwurf beschäftigen, die im Parlament vertretenen Parteien, in erster Linie die konservative „Christlich Demokratische Union“ (CDU), würden zwar für sich in Anspruch nehmen, die Mitte der Gesellschaft zu repräsentieren, diesem Anspruch aber nicht gerecht werden. Aus der so politisch „heimatlos“ gewordenen Mitte ergebe sich ein die Demokratie gefährdendes Repräsentationsdefizit. Die AfD wiederum adressiere dieses Defizit und „rette“ demnach die Demokratie in Deutschland. Offenkundig haben wir es hier mit einem Konflikt um die Deutung der gesellschaftlichen Mitte zu tun.

3. Die CDU des 21. Jahrhunderts

Seit dem Ende des Systemkonfliktes 1989/91 ticken die Uhren in der Welt anders. Thomas L. Friedman hat den Prozess der Veränderung, als ein Flacherwerden der Welt beschrieben (Friedman 2005). Tatsächlich sind die medial griffigen Beschreibungen von Globalisierung, Digitalisierung, Indi-

vidualisierung o. ä. und ihre wissenschaftliche Sekundierung⁹ dazu angetan, das populärwissenschaftliche Bild zu stützen. Für die Parteien in den westlichen Demokratien und, man könnte sagen, mit ein wenig Verspätung auch in Deutschland, zieht dies eine notwendige Anpassungsleistung nach sich (Dalton/Welzel 2014; Wagner 2014, S. 30–37), wenn die Teilnahme im Wettbewerb um Wählerstimmen weiterhin erfolgreich bestritten werden soll. Das folgende Kapitel wird vor diesem Hintergrund die Entwicklung der CDU seit 2000 darstellen (3.1.). Dabei stellt sich die Frage: Handelt es sich hierbei um eine Modernisierung oder einen Substanzverlust in Organisation, Personal und politischen Standpunkten (3.2.)?

3.1. Entwicklung der Union seit 2000

Die CDU ist nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 in den westlichen Besatzungszonen, also den von den Amerikanern, Briten und Franzosen administrierten Gebieten, als politische Organisation entstanden. Als christlich demokratische Partei kann sie als direkter Nachfolger der Deutschen Zentrumspartei gelten. Über deren klassisches religiöses Milieu hinaus positionierte sie sich in dieser Phase durch eine Bejahung der Westbindung, der Sozialen Marktwirtschaft in Verbindung mit Demokratie und einem sonst konservativen Politikverständnis (Walter/Werwath/d'Antonio 2011, S. 15–17). Diese breite Aufstellung machte sie über Konfessions-, Bildungs-, Einkommens- und Altersgrenzen hinweg wählbar und zur Volkspartei (Kirchheimer 1965). Nach der Wahl zum ersten Bundestag 1949 nahm die CDU bis 1966 eine dominante Stellung in der jungen Bundesrepublik ein und prägte diese entscheidend (Niclauß 2015, S. 27–41). Nach der ersten Großen Koalition (1966–1969) und der sozial-liberalen Ära (SPD-FDP) war sie 1982 unter Helmut Kohl in die Regierungsführung zurückgekehrt. Dieser unternahm dann auch die Formung des wiedervereinigten Deutschlands bis 1998. Seit 2005 ist die Union unter Angela Merkel nach siebenjähriger Pause wieder die führende Kraft im Bundestag. Dabei musste die Kanzlerin allerdings von 2005 bis 2009 und seit 2013 eine Große Koalition (mit den Sozialdemokraten) bilden (Zolleis/Schmid 2013, S. 421 ff.).

Am 10. April 2000, auf dem CDU-Bundesparteitag in Essen, wurde Angela Merkel mit 95,94 Prozent zur Bundesvorsitzenden gewählt. Sie beerbte

9 Siehe v.a. Bauman (2003), Castells (2010), Held et al. (1999), Zürn (1998). Zur repräsentativen Demokratie im Besonderen: Manin (2007), Rosanvallon (2010).

damit Wolfgang Schäuble und übernahm die Partei in einer Phase, in der sie im Bund ins zweite Oppositionsjahr kam und intern mitten in der Parteipendenaffäre verfangen war (Langguth 2001). Als ostdeutsche Evangelin, Physikerin und ehemaliges Mitglied der Akademie der Wissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik saß sie seit 1990 im Bundestag. Dabei holte sie 2013 zum siebenten Mal in Folge das Direktmandat im heutigen Wahlkreis Vorpommern-Rügen. Bereits in der ersten gesamtdeutschen Regierung wurde sie, zu dem Zeitpunkt überraschend, als Ministerin für Frauen und Jugend eingesetzt. Sie galt daher in den 1990er Jahren als „Kohls Mädchen“ (Kornelius 2013, S. 47 f.). Dieses Verhältnis änderte sich schlagartig in der Parteipendenaffäre, Merkels Umgang mit dieser und ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden (Merkel 1999).

In der Findungsphase nach diesem Bruch war zunächst nicht klar, wer langfristig der nächste starke Mann oder, wie sich herausstellte, die starke Frau an der Spitze der Union sein würde. Nach anfänglichen etwas naiven oder zumindest noch nicht klar machstrategischen Entscheidungen von Merkel wurde 2002 Edmund Stoiber (CSU) Kanzlerkandidat. Die knappe Niederlage hatte, im Nachhinein betrachtet, eine einebnende Wirkung auf die bayerische Schwesterpartei und machte den Weg frei für die Personalunion von Parteivorsitz und Fraktionsvorsitz im Bundestag für Angela Merkel (Wagner 2014, S. 191–207). Die vorgezogene Bundestagswahl 2005 wurde mit klaren programmatischen Aussagen und Themen anstelle von Personen angegangen. Die Strategie der „kommunizierten Ehrlichkeit“ (Best 2009) führte zwar zu einem Wahlsieg, dieser fiel aber deutlich knapper als erhofft aus – CDU/CSU zusammen und SPD hatten je 34,2 Prozent der Zweitstimmen erreicht – und war sogar im Vergleich mit 2002 noch mit Verlusten bei beiden Unionsparteien verbunden. Als Reaktion hierauf wurde bei der Union die Frage thematisiert, inwieweit „Ehrlichkeit“ als Strategie von Wahlkämpfen zu gebrauchen ist (Best 2009, S. 602), dabei zeigen die Wahlen 2009 und 2013, dass der Fokus eher auf Personen gelegt wurde. Dies wurde besonders bei der Bundestagswahl 2013 deutlich (Zolleis 2015).

Die personelle Entwicklung der Führungsebene der Union wurde unter Angela Merkel von Anfang an nach den Kriterien Loyalität und Proporz gestaltet (Wagner 2014, S. 194). Parteiinterne Konkurrenz wie etwa die Männerriege des so genannten „Andenpaktes“¹⁰ wurden dabei nicht in

10 Eine von „Der Spiegel“ kolportierte Liste enthielt folgenden Namen: Helmut Aurenz, Christopher Böhr, Volker Bouffier, Elmar Brok, Jürgen Doetz, Heinrich Haasis, Bernd Huck, Peter Jacoby, Franz Josef Jung, Roland Koch, Kurt Lauk, Günther Oettinger,

offener Konfrontation, sondern durch Integration (Posten), selbstverschuldete Skandale oder Wahlniederlagen verdrängt. In der Personalpolitik liegt bereits der erste Schritt zur programmatischen Veränderung der Union. Mit der Einsetzung von Politikern wie Peter Altmaier, Norbert Röttgen, Karl-Theodor zu Guttenberg oder Thomas de Maizière waren immer auch Themen verbunden, welche die Ansprache neuer Gruppierungen möglich machte (Wagner 2014, S. 195).

Programmatisch wird der Union medial und in der Fachliteratur seit 2005 eine Bewegung zur Mitte oder allgemeiner gesprochen nach links von ihrer traditionellen Position unterstellt. Dabei wäre eher von einer Ambivalenz in der Positionierung zu sprechen (Wagner 2014, S. 269–276). In der Post-Kohl-Ära und dem Reformstau der späten 1990er Jahre waren Veränderungen unausweichlich und nachdem eine rot-grüne Regierung praktisch neoliberale Reformen des Sozialstaates vorgenommen hatte, war jetzt die Frage: Was ist eigentlich noch konservativ im 21. Jahrhundert?

Die CDU unter Angela Merkel umging diese Grundsatzfrage und schuf in der Politik der kleinen Schritte – im Unterschied zum großen Gesellschaftsentwurf (vgl. Popper 1980) –, der Kehrtwenden, wenn sie nötig waren, und der so genannten „asymmetrischen Demobilisierung“ (beispielhaft: Schmidt 2014; Zolleis/Schmid 2015) am Wählermarkt orientierte Werkzeuge, die ihr bisher gute Dienste geleistet haben (Zohlnhöfer/Engler 2015). Nach der Bundestagswahl 2013 kann die Union, nachdem die SPD wiederum nur im mittleren 20-Prozent-Segment gelandet ist (Niedermayer 2015), die Meta-Strategie von der „letzten verbliebenen Volkspartei“ in Stellung bringen. Damit ist selbstverständlich auch ein Rekurs auf die Repräsentantin der gesellschaftlichen Mitte und Wahlerfolge in derselben verbunden (Jung/Schroth/Wolf 2015).

Das Selbstverständnis der CDU und ihr Wille, die Mitte für sich zu vereinnahmen, werden exemplarisch in dem Werbespot zur Bundestagswahl 2013 deutlich. Unter dem Titel „Ein neuer Tag“ wurden die gesamte Bevölkerung und die Herausforderung des individuellen Alltages angesprochen. Dabei verzichtete die Partei weitestgehend auf Selbstdarstellung – Angela Merkel ist nur kurz von hinten zu sehen – und zielt damit ganz auf die positive Regierungsbilanz und die Aussage „Wir arbeiten für Sie. Jeden Tag.“ Am Ende des Spots wird erst der Bezug zur Partei hergestellt: „CDU. Die Mitte.“ Dass diese Strategie sehr erfolgreich war, ist mit dem besten Uni-

Friedrich Pflüger, Hans-Gert Pöttering, Wulf Schönbohm, Matthias Wissmann, Christian Wulff. Ergänzt wurden im Deutschlandfunk, unter dem Titel „Alle gegen eine: Angela Merkel und der Andenpakt“ die Namen Peter Müller und Friedrich Merz.

onsergebnis seit 1990 schnell belegt. Der offensichtliche Wermutstropfen ist allerdings, dass der Koalitionspartner FDP an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert ist.

Auf der Landesebene ergibt sich, abweichend von der starken Position der Union im Bund, für die 17. Legislaturperiode ein deutlich anderes Bild. Dort hat die CDU ihr Ergebnis bei 14 Wahlen nur bei fünf steigern können (Zohlhörer/Engler 2015, S. 144). Hinzu kommt, dass im Zuge der Wahlen die Koalitionsarithmetik durch das schwache Abschneiden von Union und FDP zur Ablösung von Ministerpräsidenten in Rheinland-Pfalz (Stefan Mappus), Nordrhein-Westfalen (Jürgen Rüttgers) und Niedersachsen (David McAlister) geführt hat.

Landtagswahl	CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke	B 90/ Grüne	AfD*
Niedersachsen 20.01.2013	36,0 (- 6,5)	32,6 (+ 2,3)	9,9 (+ 1,7)	3,1 (- 4,0)	13,7 (+ 5,7)	1,1 (+ 1,0)
Bayern 15.09.2013	47,7 (+ 4,3)	20,6 (+ 2,0)	3,3 (- 4,7)	2,1 (- 2,2)	8,6 (- 0,8)	-
Hessen 22.09.2013	38,3 (+ 1,1)	30,7 (+ 7,0)	5,0 (- 0,2)	5,2 (- 0,2)	11,1 (- 2,6)	4,1 (+ 4,1)
Sachsen 31.08.2014	39,4 (- 0,8)	12,4 (+ 2,0)	3,8 (- 6,2)	18,9 (- 1,7)	5,7 (- 0,7)	9,7 (+ 9,7)
Brandenburg 14.09.2014	23,0 (+ 3,2)	31,9 (- 1,1)	1,5 (- 5,7)	18,6 (- 8,6)	6,2 (+ 0,5)	12,2 (+ 12,2)
Thüringen 14.09.2014	33,5 (+ 2,2)	12,4 (- 6,1)	2,5 (- 5,2)	28,2 (+ 0,8)	5,7 (- 0,5)	10,6 (+ 10,6)
Hamburg 15.02.2015	15,9 (-6,0)	45,6 (- 2,8)	7,4 (+ 0,7)	8,5 (+ 2,1)	12,3 (+ 1,1)	6,1 (+ 6,1)
Bremen 10.05.2015	22,4 (-1,2)	32,8 (-5,8)	6,6 (+4,2)	9,5 (+3,9)	15,4 (-7,4)	5,5 (+5,5)

Tab. 1: Ergebnisse der Landtagswahlen 2013–2015 nach der Gründung der AfD (in %). Quellen: Eigene Darstellung nach den Statistischen Landesämtern (2013 ff). * Zur Niedersachsenwahl 2013 ist die AfD noch als Wahlalternative 2013 zusammen mit den Freien Wählern angetreten. Zur Bayernwahl ist sie gar nicht angemeldet gewesen.

2014 setzte sich der oben gezeigte Trend fort, allerdings ist besonders die Substituierung von FDP durch AfD in den Parlamenten in den meisten Fällen das Zünglein an der Koalitionswaage. Dies hat beispielsweise Christine Lieberknecht in Thüringen das Amt der Ministerpräsidentin gekostet.

Die weitere Analyse der AfD in den Ländern in dieser Zeit zeigt eine gewisse Tendenz zu dieser neuen Partei an Stelle von CDU-FDP. Allerdings

mobilisierte die AfD mit einer vom Schein der Seriosität gezeichneten Programmatik und einer zum Teil offen rechtspopulistischen Wahlkampfretorik von allen Parteien WählerInnen (Infratest Dimap 2013, 2014a, 2014b, 2014c; Nestler/Rohgalf 2014). Diese Entwicklung setzt sich verschärft seit 2015 fort. Bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft, verlor die CDU sechs Prozent und hat mit 15,9 Prozent insgesamt ein aus ihrer Sicht desolates Ergebnis eingefahren. 2004 und 2008 hatte sie noch deutlich jenseits der 40 Prozent gelegen – 47,2 und 42,6 Prozent. Selbst in der internationalen Presse wird von einer „domestic weakness“ von Angela Merkel gesprochen (The Economist 2015). Die überregionale Presse spekuliert sogar „So würgt Merkel die CDU in den Ländern ab“. Dabei wird der Dreiklang von personeller Ausdünnung, Schwäche der FDP und programmatischem Zur-Mitte-Rücken – sogar von zum links der Mitte rücken wird geschrieben – für das schlechte Abschneiden verantwortlich gemacht (Denkler 2015). Hieran schließt die Frage nach der „neuen“ bürgerlichen Mehrheit (Hirscher 2014, S. 210 ff.) an beziehungsweise im Rückblick auf die Zeit seit 2000, ob von einer Modernisierung oder einem Substanzverlust der Union zu sprechen ist.

3.2. Modernisierung oder Substanzverlust?

Eine klare Antwort auf die aufgeworfene Frage würde der Komplexität der Wirklichkeit in keiner Weise gerecht werden. Folgend soll daher erörtert werden, warum letztlich beide Ergebnisse als vorläufiger Endpunkt der Entwicklung unter Vorsitz und Kanzlerschaft von Angela Merkel bejaht werden können.

Der obige Rückblick hat gezeigt, dass es einen offensichtlichen Widerstreit zwischen den elektoralen Erfolgen auf der Bundes- gegenüber der Landesebene gibt. Dieses Missverhältnis ist buchstäblich umgekehrt proportional. Also umso höher der Zuspruch bei Bundestagswahlen, umso geringer die Zustimmung in den Ländern. Diese entgegengesetzten Zyklen sind insofern normal, als BürgerInnen, die Entwicklungen in der nationalen Politik „falsch“ finden, zumeist vor der nächsten Bundestagswahl im eigenen Bundesland wählen. Allgemein lässt sich die Funktionsweise eines politischen Systems nach Input, Output und Umwelt verstehen (Easton 1965, S. 32). Oppositionsparteien und in diesem Fall die SPD in Verbindung mit Bündnis 90/Die Grünen können diese Nachfrage durch entsprechende gegen die CDU gerichtete Angebote bedienen. Bedenklich für die CDU ist die Entwicklung, die im föderalen Staatsaufbau die Mehrheit im Bundesrat

verschiebt. Diese ist nur noch durch die Große Koalition gesichert. In der Vorausschau auf 2017 liegt hier aber natürlich die Chance einer breiten Mehrheit für das linke Lager. Diese Schwäche bei Wahlen wird weiterhin durch die Schwäche der Union in den urbanen Zentren unterstrichen. Die zehn größten deutschen Städte sind nicht mehr CDU regiert.

Programmatisch hat die Union unter Angela Merkel sukzessive Themen aufgegriffen, die historisch eher bei der SPD und den anderen linken Parteien zu finden waren. Abschaffung der Wehrpflicht, Atomausstieg, Mindestlohn u. ä. wurden unter CDU-Führung umgesetzt. Damit hat die Union aber ganz klar auf den vorhandenen Wählermarkt reagiert und sich weg von dem klassischen Milieu bewegt. Allerdings ist beispielsweise die religiöse Bindung in Deutschland ebenfalls auf dem Rückzug, ein bedingungsloses Festhalten an dieser Ausrichtung hätte mehr Nach- als Vorteile gebracht. Dabei lassen sich weder die Anhängerschaft der Union noch ihre Programme – nimmt man den Wahl-O-Mat als Basis – übermäßig in der Nähe der SPD verorten (Wagschal/König 2015). Udo Zolleis spricht deshalb auch von der „Mär der Sozialdemokratisierung“ der Unions-Programmatik (Zolleis 2015, S. 81 ff.). Der Schluss, dass es sich um einen Konservatismus des 21. Jahrhunderts handelt, liegt nahe.¹¹ Die weiterhin nach Lagern orientierte Gruppierung der Parteien auf der Links-Rechts-Skala beziehungsweise im zweidimensionalen Koordinatensystem lässt sich beispielsweise mit dem Duisburger-Wahl-Index belegen (Bender et al. 2015, S. 170).

Personell hat Merkel eine Reduzierung der „Alpha-Männchen“ in der Union vorgenommen. Damit fehlt es aber aufgrund eines Bündels an Faktoren an Landesfürsten und internen Stimmen, die eine „rechte“ Position (glaubhaft) vertreten können. Einzig die CSU spielt diese Rolle schon traditionell, allerdings mit eigenen Interessen und gerade bei der Euro(pa)frage mit begrenzten Möglichkeiten, da sie grundsätzlich pro Europa ist und sein muss.

Die Erfolge der AfD können abschließend als Indikator für einen demokratischen Raum rechts der CDU gedeutet werden (Nestler/Rohgalf 2014). Zumindest ist es der Partei bislang gelungen, die Botschaft zu vermitteln, dass sie eine Alternative bei gewissen Themen ist und darüber hinaus

11 Grundsätzlich steht dabei die Orientierung an überlieferten Einstellungen und eine Politik, die auf den Erhalt des bestehenden zielt, im Mittelpunkt. Die Akzentverschiebung resultiert dann aus den veränderten Umweltbedingungen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist das Bestehende zu schützen eben etwas völlig anderes als in der Jahrhundertwende 1900.

Punkte anspricht, die so keine andere demokratische Partei anspricht. Dabei schafft sie es bisher, sich selbst als fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verankert darzustellen.

Als Fazit bleibt zu sagen, dass es sich in der Entwicklung um eine Modernisierung der CDU in Fragen der Programm-, Wahl- und Wettbewerbsstrategie handelt. Schlussendlich stellt sich die Frage: Wer regiert Deutschland? Zusammen mit dem außenpolitischen Gewicht, welches unter Angela Merkel in der Euro-Krise, aber seit dieser Legislaturperiode zunehmend auch in den internationalen Beziehungen angewachsen ist, ist dies die Union. Allerdings ist der Substanzverlust auch da. Im Sinne von „diskursiver Tiefe“, also Personen, – beispielsweise die Netzwerker des „Andenpaktes“ – die Themen und Positionen markieren und besetzen konnten, welche die ausgleichende Figur der Kanzlerin so nicht anfassen kann, sind unter der Führung von Angela Merkel aus den wichtigen Parteipositionen ausgeschieden oder wurden „abschließend“ integriert.¹² Hierdurch ist das Diktum von Franz Josef Strauß „rechts von der CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben“ (Strauß 1989, S. 530) nicht mehr valide. Darüber hinaus bleibt offen, wie es um den Nachwuchs der CDU bestellt ist – dieser wird normalerweise über die kommunale Ebene und die Landespolitik hochgezogen – und wie die Nachfolge von Merkel geregelt ist? Sie selbst reiht sich aber in jedem Fall in die Reihe kraftvoller Führungspersönlichkeiten der Union ein (Ockenfels 2009, S. 45).

4. Der Kampf um Deutungsmacht: Mitte contra Mainstream

Diese Konstellation war entscheidend für die Gründung der AfD. In der Selbstbeschreibung der bislang erfolgreichsten Partei „rechts“ von der Union spielte der Vorwurf des Substanzverlustes und des Driftens nach „links“, wobei die Mitte der Gesellschaft gleichsam politisch heimatlos zurückbleibt, von Anfang an eine wichtige Rolle. Die ursprünglichen SpitzenpolitikerInnen der Partei traten gewissermaßen als AugenzeugInnen dieses Niedergangs der bürgerlichen Politik auf, befanden sich unter ihnen doch viele ehemalige langjährige Unionsmitglieder wie der Parteivorsitzende

12 Dabei sollte aber durchaus in Rechnung gestellt werden, dass die Zeit der „Alpha-Männchen“ vorbei ist. Wie es im Abspann zu Stromberg der Film heißt: „So jemanden kann man sich doch heute in deutschen Büros gar nicht mehr vorstellen“. Selbstverständlich bedeutet dies nicht, dass es nicht Personen gibt, die diesen Verlust beweinen.

Bernd Lucke, der stellvertretende Parteivorsitzende Alexander Gauland oder Joachim Starbatty, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Partei und Mandatsträger im Europäischen Parlament. Die AfD besetzt nach dieser Auffassung lediglich die Position im politischen Spektrum, die im Zuge des Wandels der CDU/CSU unter Angela Merkel vakant geworden ist. Der Anspruch, die neue Volkspartei im Werden zu sein, spielt genau auf diese wahrgenommene Repräsentationslücke im Parteiensystem an: Nicht weniger schreibt sich die AfD auf die Fahnen, als der Mitte der Gesellschaft eine politische Vertretung, eine Stimme zurückzugeben. Dem Mainstream der „Altparteien“, so die verächtliche Bezeichnung für die etablierten Parteien, wird die tatsächliche Mitte der Gesellschaft gegenübergestellt.

4.1. Fronten im Kampf um Deutungsmacht

Prominent eröffnete die AfD im Kampf um die Deutungshoheit über die Mitte drei „Fronten“ gegen die Union:

Europa, die EU und der Euro. Mit diesen Themen machte die AfD bei ihrer Gründung im Frühjahr 2013 zunächst von sich Reden. Im Angesicht der Euro- und Schuldenkrise in Europa nahm die Partei die Europäische Union und vor allem die Währungsunion ins Visier. Zu den GründerInnen der AfD gehören Euro-KritikerInnen der ersten Stunde (hierzu und zum Folgenden: Bebnowski/Kumkar 2013; Häusler 2013; Kemper 2013; Oppenhäuser 2013; Plehwe/Schlögel 2014). Für diese ist die so genannte No-Bailout-Klausel der EU-Verträge, die Abmachung, jedes Euro-Mitgliedsland sei allein für seine Verbindlichkeiten verantwortlich, gewissermaßen das Kernstück der gegenwärtigen EU, das im Zuge der Rettungspolitik über den Haufen geworfen worden sei. Die EU werde unter der Hand in eine „Schulden- und Transferunion“ umgebaut.

Die AfD brachte demgegenüber das für die EU konstitutive Prinzip der Subsidiarität in Anschlag. Allerdings wurde in ihren Händen aus diesem Prinzip eine Waffe, die eine Vertiefung der europäischen Integration, vor allem auch eine weitergehende politische Integration, verhindern sollte. Neben der allgegenwärtigen Forderung nach Bürokratieabbau stehen die Kompetenzverlagerung von der EU zurück zu den Nationalstaaten und die Stärkung nationaler Parlamente auf der Agenda. Mit Blick auf die Euro-Rettungspolitik, die oft genug im Eiltempo durch die Parlamente „gepeitscht“ wurde, wird von Letzterem nicht zu Unrecht eine Stärkung der demokratischen Prinzipien erhofft. Wenn von der AfD die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und die Wiederherstellung nationaler Souveränität

eingefordert wird, dann spricht daraus aber auch das isolationistische Ansinnen, in Deutschland, das von der Krise bislang weitgehend verschont blieb, möglichst wenig von der Außenwelt behelligt zu werden (dazu ausführlich: Rohgalf 2015b).¹³ Verpflichtungen gegenüber anderen Staaten und supranationalen Organisationen gilt es, soweit wie möglich zu reduzieren. Im Idealfall solle die EU zu einem reinen Binnenmarkt zurückkehren. Die Gemeinschaftswährung Euro ist gleichsam das Symbol für gefährliche Verbindungen, die es zu kappen gelte: Sei es durch die Rückkehr zur D-Mark,¹⁴ dem Rausschmiss von angeschlagenen Ländern wie Griechenland aus der Währungsunion oder dem gemeinsamen Austritt der wirtschaftlich starken Länder.

*Familie.*¹⁵ Als wichtiges Thema hat sich recht bald die Kritik dessen herauskristallisiert, was in der Diktion der AfD *Gender Mainstreaming* heißt. Anders als im gängigen Sprachgebrauch sind damit nicht nur Maßnahmen gemeint, die auf die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern im Arbeitsleben hinwirken sollen, wie etwa Quotenregelungen. Darüber hinaus ist damit auch die völlige rechtliche Gleichstellung sowie die Förderung der Toleranz gegenüber nicht-heterosexuellen Lebensentwürfen durch die Politik gemeint und deren Präsenz in der (Medien-)Öffentlichkeit. Als besonders sensibel gilt die Thematisierung von Homosexualität und Lebensformen jenseits der „klassischen“ Familie in den Schulen. Sie wird als illegitime und schädliche Einflussnahme auf die Entwicklung der Kinder abgelehnt. Schließlich richtet sich die Kritik immer wieder gegen die akademische Disziplin der *Gender Studies*. Grund dafür sind vor allem der dort vorherrschende Konstruktivismus, der untersucht, wie Geschlechterrollen durch soziale Praxis reproduziert werden, sowie die normative Ausrichtung dieser Disziplin, die tradierten Geschlechterrollen zur Disposition zu stellen. Nicht

13 Eine Stimmung, die nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa zu beobachten ist und sich im Wahlerfolg von Populisten niederschlägt. Eine jüngere empirische Studie zur gegenwärtigen Transformation des politischen Konflikts in Westeuropa identifiziert dann auch eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie zwischen Abgrenzung (demarcation) und Globalisierung (Kriesi et al. 2012). Diese Stimmung bezieht sich freilich nicht nur auf die Ökonomie, sondern auch auf das Engagement in internationalen politischen Krisen, zu Deutschland vgl. (Körber-Stiftung 2014; Auswärtiges Amt 2015).

14 Der Gründungsmythos der alten Bundesrepublik, Münkler (2009, S. 455–476).

15 Zu familienpolitischen Positionen der Parteien und deren Hintergründen siehe auch (Kemper 2014).

zuletzt wird das Bemühen darum, eine Sprache zu finden, die diesen Anliegen gerecht wird,¹⁶ von der AfD abgelehnt.

Es verwundert nicht, dass dieser „Aufhebung der Geschlechteridentitäten“ (AfD 2014b) oder gar der „Abschaffung der natürlichen Geschlechterordnung“ (Höcke 2014a) die traditionelle Familie (Vater-Mutter-Kinder) als politisches Leitbild gegenübergestellt wird. Die „Drei-Kind-Familie“, für die die AfD steht, hat zudem sowohl einen demographischen als auch einen migrationspolitischen Aspekt: Durchschnittlich drei Kinder pro Familie sind notwendig, um die Bevölkerung ohne Zuwanderung konstant zu halten: „Die deutsche Politik hat eine Eigenverantwortung, das Überleben des eigenen Volkes, der eigenen Nation sicherzustellen“, erklärte beispielsweise die Parteivorsitzende Frauke Petry dazu.¹⁷

Allerdings besteht innerhalb der Partei in der Frühphase Uneinigkeit über die Relevanz des Gender-Themas. Hier zeigte sich ein für die Partei charakteristischer Richtungsstreit zwischen einem nationalkonservativen Flügel und jenen, die in erster Linie von wirtschaftsliberaler Seite die Währungsunion angreifen. In internen Schreiben, die an die Öffentlichkeit gelangt sind, wird Bernd Lucke, einer der drei¹⁸ Parteisprecher, von VertreterInnen dieses nationalkonservativen Flügels dafür gerügt, dass er sich weigerte, persönlich gegen Gender Mainstreaming zu agitieren.¹⁹

Nationale Identität. Ähnlich umstritten war in der Partei zunächst der Stellenwert des Themas nationale Identität. Identität, zumal die nationale, taucht stets als im Verschwinden begriffene auf der politischen Agenda auf. So wird auf Seiten der AfD moniert, dass die Richtlinien der EU nicht nur die nationalen Parlamente beschränken und so die Souveränität der Mitgliedsstaaten unterminieren würden. Sie werden von Anfang an auch als illegitime Harmonisierung nationaler Besonderheiten abgelehnt (AfD 2014a, S. 8).

Die Personenfreizügigkeit innerhalb der EU wird vor allem im Hinblick auf den Sozialstaat kritisch gesehen. Die Warnung vor einer drohenden „Einwanderung in die Sozialsysteme“ (AfD 2014a, S. 15, 2014b, S. 10) spielt

16 Indem etwa nicht allein von den Bürgern gesprochen wird, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern, von BürgerInnen, Bürger_innen o. ä.

17 Zitiert nach Neue Osnabrücker Zeitung (online). Pressemitteilung vom 21.08.2014, www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/500073/afd-petry-will-volksentscheid-uber-abtreibung (Abruf 12.01.2015).

18 Ab Juni 2015 wird die AfD noch lediglich zwei Parteisprecher haben.

19 Zuerst berichtete Spiegel Online über dieses Schreiben (Amann/Trekamp 2015). Der mutmaßliche Wortlaut des Briefs ist einzusehen unter: www.kpkrause.de/2015/01/03/der-brandbrief-an-bernd-lucke/.

eher die Karte des Chauvinismus als jene der Identität. Die Sorge um den Identitätsverlust kommt in erster Linie zum Tragen, wenn es um den Islam geht und insbesondere um die MigrantInnen mit türkischen Wurzeln, die den größten Anteil an der Migration nach Deutschland haben. Dabei wird ausdrücklich die Religionsfreiheit betont. Die Gefahreinschätzung oszilliert zwischen der Vermutung der Unvereinbarkeit von Islam und demokratischem Rechtsstaat einerseits und der Annahme einer Verdrängung einer genuin deutschen Kultur durch den Islam andererseits. Im letzteren Fall sehen Teile der AfD-Führung in der Präsenz der fremden Kultur im öffentlichen Raum (z. B. durch Minarette und Kopftücher) die Gefahr, die nationale Identität könne entweder in einem multikulturellen Einerlei ihre Konturen verlieren oder angesichts wuchernder Parallelgesellschaften zurückgedrängt werden.²⁰

Nicht zuletzt wird aber auch das zu kritische, negative Bild moniert, welches die Deutschen von ihrem eigenen Land hätten. Die Stärkung nationaler Identität soll nach dem Willen einiger SpitzenpolitikerInnen der AfD dagegen z. B. ausdrücklich Aufgabe des Schulunterrichts werden. So formuliert etwa das Wahlprogramm der AfD-Sachsen 2014: „Schul- und insbesondere Geschichtsunterricht soll nicht nur ein vertieftes Verständnis für das historische Gewordensein der eigenen Nationalidentität, sondern auch ein positives Identitätsgefühl vermitteln“ (AfD-Sachsen 2014, Kapitel IV.3.1.).

4.2. Vorstöße im Kampf um Deutungsmacht

An diesen Fronten versucht die AfD nicht zuletzt, die Deutungsmacht über das zu erringen, was als Mitte der Gesellschaft gilt. Dabei erfolgen die Angriffe der Partei dem folgenden Muster und bedienen sich dabei offenkundig des rhetorischen Werkzeugkastens jedweden Populismus (z. B. Mudde 2007; Rensmann 2006; Priester 2008; Müller 2016):

Erstens wird ein Mainstream konstruiert, dem ausnahmslos alle etablierten Parteien inklusive der Union zugerechnet werden (die „Altparteien“). Darüber hinaus werden die tonangebenden, überregionalen Printmedien sowie Radio-/Fernsehsender von der Bild-Zeitung über die Frank-

20 Siehe etwa Parteisprecher Konrad Adam (Adam 2014), der Verständnis für Furcht vor einer Islamisierung Deutschlands zeigt. An anderer prominenter Stelle schwadroniert er (Adam 2015) in einer historischen Allegorie über die Zurückdrängung des Islams aus Europa.

furter Allgemeine Zeitung bis zur taz, von RTL2 über das ZDF bis zu Arte ohne Unterschied diesem Mainstream zugeschlagen: einem Meinungskartell, das in sich zwar differenziert sein mag, jedoch in allen wirklich entscheidenden Fragen eine einheitliche Position vertritt. Insbesondere ist dieses „Kartell“ sich darin einig, den Eintritt neuer Akteure mit abweichenden Positionen in den Wettbewerb zu verhindern.

Zweitens wird dieser Mainstream links von der tatsächlichen Mitte verortet, d. h. links von dem vermuteten Maximum der Verteilung politischer Positionierungen in der Gesellschaft (vgl. oben 2.1.). Die Debatten und die Politik des Mainstream spiegeln demnach gar nicht die Sorgen, Nöte und Interessen der Mehrheit wider, sondern lediglich die Anliegen einer Minderheit. So bestehe ein eklatantes Repräsentationsdefizit: Die Politik der „Altparteien“ und die „veröffentlichte Meinung“ würden die empirische Mitte der Gesellschaft rechts liegen lassen. Was Letztere wiederum zu Recht mit Politikverdrossenheit und Medienkritik quittiere.

Drittens wird diese so gleichsam als heimatlos identifizierte Mitte mit jenen Attributen ausgestattet, die bereits seit Aristoteles den Wohlklang der Mitte ausmachen (vgl. oben 1.). Nicht allein die Mehrheit wird mit der Mitte gleichgesetzt. Ebenso wird die Mitte charakterisiert durch die nüchterne Einschätzung der Realität sowie das ausgewogene, gut unterrichtete Urteil. Wenn die AfD für sich in Anspruch nimmt, die Partei des „gesunden Menschenverstands“ zu sein, dann wird damit zugleich gesagt, wem WählerInnen, die bei Verstand sind, ihre Stimme geben. Nimmt man diese Rhetorik ernst, dann ist die Realitätswahrnehmung des Mainstream demgegenüber durch ideologische Vorbehalte beeinträchtigt, kommuniziert im schlimmsten Fall eine Scheinrealität. Eine Scheinrealität, die nichtsdestotrotz gesellschaftlich wirksam ist, wie zumindest der permanente Verweis auf die (Selbst-)Zensur im Zeichen von *Political Correctness* nahelegt (exemplarisch: AfD 2013, S. 2, 2014b, S. 4).

Viertens wird ganz auf dieser Linie die eigene Politik der Mitte mit den Attributen der Ideologiefreiheit und der pragmatischen Sachpolitik versehen, die mit beiden Beinen in der Realität steht und den Draht zu den BürgerInnen nicht abreißen lässt. Indes wird die Politik des Mainstream zu einer Serie von abgehobenen Gesellschaftsvisionen und waghalsigen Gesellschaftsexperimenten, die zum Scheitern verurteilt wären und für die die BürgerInnen stets die Zeche würden zahlen müssen. Die ganze Gesellschaft, so der Vorwurf, werde auf diese Weise zur Geisel des planerischen Übermuts einer Minderheit.

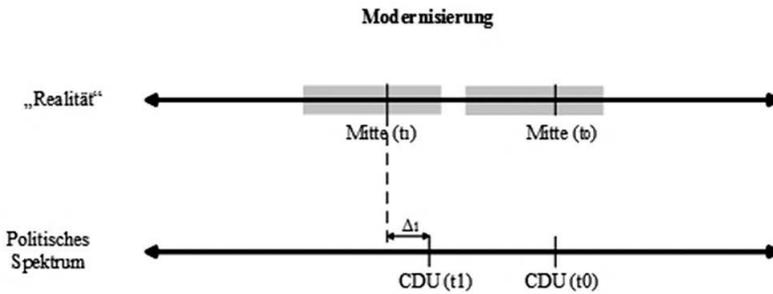


Abb. 5: Der Mainstream und die tatsächliche Mitte am Beispiel einer Modernisierung der CDU. Quelle: Eigene Darstellung.

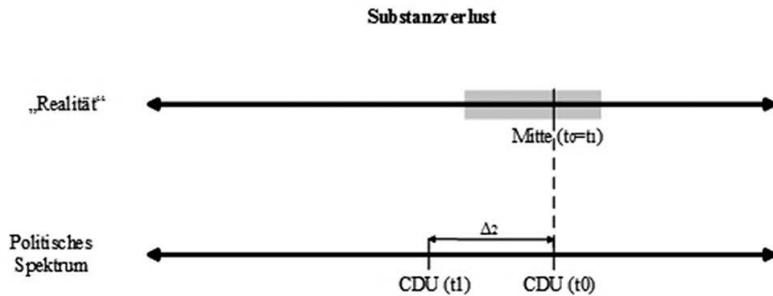


Abb. 6: Der Mainstream und die tatsächliche Mitte am Beispiel eines Substanzverlustes der CDU. Quelle: Eigene Darstellung.

Dass Grüne und Die Linke, gegebenenfalls auch die SozialdemokratInnen, von der AfD derart zu weltfremden und gerade deshalb gefährlichen IdeologInnen abgestempelt werden, verwundert nicht. Bemerkenswert ist jedoch, dass im Besonderen die Union unter Angela Merkel, der Kanzlerin der „kleinen Schritte“, ebenfalls diesem Lager zugeordnet wird.²¹ Dies ist aber genau das, was vor allem entlang der drei Fronten passierte, die bereits identifiziert wurden.

Europa, die EU und der Euro. „War die CDU nicht einmal die Partei der Wirtschaftskompetenz, die Partei des Ordoliberalismus, die Partei Ludwig Erhards?“ So könnte man das Urteil der AfD über die Union in puncto Euro- und EU-Politik zusammenfassen. Mit dem Ja zur Einheitswährung habe die Union diesen Markenkern verraten und habe Deutschland in ein politisches und ökonomisches Abenteuer gestürzt, dessen Konsequenzen in

21 Weniger verwunderlich ist diese Einschätzung der CDU durch die AfD nach Angela Merkels „Wir schaffen das!“ vom August 2015 mit Blick auf ihre Flüchtlingspolitik.

der Euro- und Schuldenkrise nunmehr nicht nur für Experten der Materie,²² sondern für jedermann offen zu Tage treten würden. Die „Einführung des Euro [war] eine Entscheidung gegen die ökonomische und politische Vernunft“ (AfD 2014) und, so könnte man hinzufügen, nur dadurch zu erklären, dass die EntscheidungsträgerInnen von ihren ideologischen Überzeugungen anstatt von nüchternem Sachverstand motiviert waren. An dieser Verirrung würden die heutigen politischen Verantwortlichen weiterhin leiden, wenn sie den Fehler nicht beheben, sondern den Euro um jeden Preis zu retten versuchen würden.

Ganz auf der Linie der Ideologiekritik im Zeichen der gesellschaftlichen Mitte wird der Union mit Blick auf die EU vorgeworfen, sich zur Fürsprecherin eines zentralistischen Großprojektes zu machen, die in alle Bereiche des Lebens eingreift. Von „Gleichmacherei“ ist dann da die Rede oder gar von „Gleichschaltung“, die alle Besonderheiten nationaler und kultureller Art zu beseitigen trachte. Der Begriff der „EUdSSR“ hat sich seit einigen Jahren in Euro- und EU-kritischen Milieus als beliebte Bezeichnung für die EU etabliert (Bebnowski/Kumkar 2013, S. 231; Häusler 2014, S. 28 f.). Die Union wird auf diese Weise in eine politische Tradition einsortiert, deren entschiedenste Gegnerin sie früher war.

Schön illustriert diese Attacke gegen die Union im Kampf um Deutungsmacht ein Gastbeitrag Bernd Luckes im Handelsblatt, in dem er vor einem „zentralistischen Überstaat“ warnt (Lucke 2014). Ausgehend von dem Wahlslogan „Freiheit statt Sozialismus“, mit dem die Union 1976 äußerst erfolgreich die Bundestagswahl bestritt, rechnet Lucke vor, wo überall unter der Ägide der CDU Eingriffe in die Marktwirtschaft getätigt worden wären, die sie 1976 noch als „sozialistisch“ bekämpft habe: „Der moderne Staat, so lautet der neue Grundkonsens von der Union bis zu den Linken, plant, steuert und kontrolliert zentral, was gesellschaftlich wünschenswert ist“ (Lucke 2014). Auf der EU-Ebene würde sich dies in noch potenziert Form fortsetzen. Im Angesicht dieser Phalanx der VerfechterInnen des Zentralismus, empfiehlt Lucke die AfD als einzig verbleibende marktwirtschaftliche Kraft, die – wie ehemals die CDU – für „Freiheit statt Zentralismus“ stehe.

Familie. Auch im Hinblick auf die Familie und dem recht eigenwillig interpretierten Gender Mainstreaming wird die Union von der AfD im Lager derjenigen verortet, die das Überkommene und Tradierte über den Haufen werfen zugunsten ideologischer Gesellschaftsentwürfe. Im Falle der

22 Wie z. B. Joachim Starbatty, der erfolglos Klage gegen die Währungsunion führte und in der Folge aus der CDU austrat.

Euro-Rettung kann noch davon gesprochen werden, dass *cum grano salis* alle etablierten Parteien eine gemeinsame Position vertreten. Die Union in Sachen Familienpolitik mit den Grünen über einen Kamm zu scheren und gemeinsam unter „Altparteien“ zu rubrizieren, ist jedoch mehr als kühn.

Die AfD suggeriert, die Union gehöre nunmehr unterschiedslos zu jenen UtopistInnen und IdeologInnen, die im Dienste ihrer Mission den Menschen Gewalt antun. Im ersten Programm der Bundespartei findet sich nichts dazu, wohl aber meldeten sich die VertreterInnen des nationalkonservativen Flügels schon früh in dieser Richtung zu Wort. So sah Alexander Gauland, stellvertretender Parteivorsitzender, unter den AnhängerInnen seiner Partei ehemalige CDU-WählerInnen, die sich im Tempo der programmatischen Neuausrichtung unter der Vorsitzenden Angela Merkel zurückgelassen und heimatlos fühlten. Unter ihnen seien Menschen, „deren Vorstellungen von gut und richtig, von einer intakten Gesellschaft kaum noch Widerhall in der veröffentlichten Meinung“ fänden: etwa dass eine Familie aus Vater, Mutter und Kind bestehe oder dass das ganze Gender Mainstreaming eine „Ausgeburt von Menschen [sei], die sonst keine Sorgen“ hätten (Gauland 2013).

Die AfD Sachsen (AfD Sachsen 2014, Präambel) schlug den Bogen zur friedlichen Revolution 1989.²³ Kaum hätten sich die DDR-BürgerInnen von den Ketten des Marxismus-Leninismus befreit, seien sie (auch im seit Jahr und Tag von der CDU regierten Sachsen) zum Opfer neuer „menschenfeindlicher Ideologien wie [dem] verqueren Genderismus“ geworden. Ganz auf dieser Linie wird zum Kampf gegen ein „staatlich verordnetes“ Orwellsches Neusprech aufgerufen, das darauf abziele, die „Gender- und Gleichstellungsideologie“ gleichsam zum Horizont des Sprechens und Denkens zu machen und Kritik im Keim zu ersticken (AfD Sachsen 2014, IV.3.2.). Das Bildungssystem wird als herausragender Ort „gesellschaftspolitischer Um Erziehungsmaßnahmen“ (AfD Sachsen 2014, II.2.7.) ausgemacht. Dort nehme die „indoktrinäre Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen durch LGBT-Lehrinhalte“²⁴ Form an.

Genau wie ihre ParteifreundInnen in Sachsen (AfD Sachsen 2014, II.3.2.) stellt auch die AfD Thüringen die akademischen *Gender Studies* gewissermaßen in die Tradition der Institute für Marxismus-Leninismus in der DDR, wenn sie bemerkt, das dort aus öffentlich geförderter, aber wis-

23 Was NachahmerInnen in den anderen ostdeutschen Landesverbänden fand.

24 LGBT = Lesbian Gay Bisexual Transsexual, hier erlaubt sich die AfD Sachsen Anglizismen, die sie einen Absatz weiter unten im Wahlprogramm soweit wie möglich reduzieren will.

senschaftlich höchst fragwürdiger Forschung „gesellschaftspolitische Maximen“ gewonnen würden (AfD Thüringen 2014, S. 12 f.): „Die Gender-Ideologie steht sowohl im Widerspruch zu den Ergebnissen der Naturwissenschaft und Entwicklungspsychologie als auch zur Lebenserfahrung“ (AfD Thüringen 2014, S. 6).

Nationale Identität. Im Zuge der Demonstrationen von Pegida seit dem Winter 2014/2015 hat das Thema nationale Identität erneut breite Öffentlichkeit erlangt. In schrillerer Tonlage wurde durch Pegida die Auseinandersetzung um eine deutsche Leitkultur gleichsam „auf die Straße“ getragen, die seit der Jahrhundertwende maßgeblich auch von UnionspolitikerInnen geführt wurde. Zwar bemühte sich auch Pegida anfänglich zumindest um ein bürgerliches Auftreten, wenn die Demonstrationen als friedliche „Abendspaziergänge“ deklariert wurden und bewusst die Verbindung zur friedlichen Revolution 1989 hergestellt wurde. Allerdings kann dies kaum verdecken, dass Reden und Plakate offen rechtspopulistisch und fremdenfeindlich sind, dass die Veranstalter ganz offensichtlich kein Problem mit den teilnehmenden Rechtsextremen haben oder dass der demokratische Prozess verächtlich gemacht wird, wenn – unter Rekurs auf das Vokabular des Nationalsozialismus – die Medien pauschal als „Lügenpresse“ und PolitikerInnen als „Volksverräter“ diffamiert werden.

Eine ungewohnt klare Position vertrat die Bundeskanzlerin in ihrer Neujahrsansprache, in der sie ausdrücklich vor einer Teilnahme an den Pegida-Demonstrationen warnte (Merkel 2015). Während in der AfD-Spitze durch die Bank weg die Kritik verurteilt wurde, zeigten sich die VertreterInnen des marktliberalen Parteiflügels zugleich darum bemüht, Distanz zu Pegida zu wahren. Zeitweise suchten hingegen VertreterInnen des nationalkonservativen Flügels indes die Nähe zu Pegida.²⁵ Besonders der Vorsitzende der AfD Thüringen Björn Höcke machte deutlich, dass er in der Union nicht mehr die Partei sieht, die für eine deutsche Leitkultur streitet. „Die Altparteien lösen Deutschland auf, wie ein Stück Seife unter einem Strahl lauwarmen Wassers. Dieses seit Jahrzehnten ablaufende Projekt wird jetzt beendet“ (Höcke 2015).

Wo selbst noch die Union im Handumdrehen zur Verfechterin des „Gesellschaftsexperiments“ Multikulturalismus erklärt wird, da tritt die AfD als

25 Die sich als Gegenentwurf zu den „Altparteien“ gerierende AfD genießt laut Umfragen unter den Pegida-AnhängerInnen mit Abstand die größte Zustimmung. Ebenso findet Pegida unter AfD-WählerInnen den meisten Zuspruch (Patzelt 2015b; Politbarometer 2015; Rucht et al. 2015; Vorländer/Herold/Schäller 2015; Walter et al. 2015).

„Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung [...] der Identität Deutschlands auf“ (Höcke/Poggenburg 2015).

Die Beteuerung der „Ideologiefreiheit“ und pragmatischen Problemlösung ist aber nicht zuletzt auch „nach rechts“ weit offen.²⁶ Sie kann die Normalisierung von Positionen am rechten Rand begünstigen. Diese werden aufgewertet, indem sie als ideologiefreie, pragmatische Politik diskutiert werden und darüber hinaus noch der „linken“ Ideologie der „Altparteien“ gegenübergestellt werden.²⁷ So ist Björn Höcke regelmäßig in Magazinen der Neuen Rechten zu lesen, lobt die AfD dort als „identitäre Kraft“. Ausdrücklich würdigt er die neurechte Bewegung der „Identitären“ (*génération identitaire*) als politische Akteure, die sich „ideologiefrei“ mit Themen wie Zuwanderung und dem Zusammenhalt der Gesellschaft auseinandersetzen wollen.²⁸

5. Fazit: Ein Kampf um die Deutung der Mitte

In der Mitte der Gesellschaft werden Wahlen gewonnen (Schmidt 2004, S. 457). Die Bundesrepublik ist da keine Ausnahme. Downs marktorientiertes Modell kann mit der Erweiterung von einem Zwei- auf ein Mehrparteiensystem mit relativ klarer Blockbildung und einer hohen Stabilität über rund 60 Jahre zumindest für die Bundesebene in der Bundesrepublik als vereinfachte, aber zutreffende Beschreibung angesehen werden. Dabei konnten bisher alle neu auftauchenden Spieler – die Bündnisgrünen und die PDS/Die Linke – erfolgreich integriert werden, was nicht zuletzt mit der breiten Themenabdeckung der etablierten Parteien zusammenhängt (Nestler 2015).

Unabhängig von dieser Entwicklung stellt sich nach der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts die Frage: Geht die Phase dieser Stabilität zu Ende? Es ist hier nicht an uns, Elegien auf Demokratie und Parteien in Deutschland anzustimmen, noch das Lied um eine Strophe über Politik-, Parteien- und Medienverdrossenheit zu erweitern. Unbesehen dieser Feststellung bleibt

26 Selbst Höckes ehemaliger Parteikollege Hans Olaf Henkel wies darauf hin und warf ihm vor, „völkisches Gedankengut“ zu vertreten (Junge Freiheit: Streit in AfD: Henkel warnt vor „völkischem Gedankengut“. Pressemitteilung vom 17.03.2015, <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2015/streit-in-afd-henkel-warnt-vor-voelkischem-gedankengut/>, Abruf 17.03.2015).

27 Zu dieser Strategie der Neuen Rechten vgl. Pautz (2005), Weiss (2011).

28 In einem Interview im ARD (Monitor, Sendung Nr. 666, 11.09.2014, nachzulesen: www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/afd212.html).

es, darauf hinzuweisen, dass in der Folge der Veränderung des Kontextes (Bardi/Bartolini/Trechsel 2014; Oncken 2013), also dem gesamtgesellschaftlichen Wandel, resultierend aus Globalisierung, Individualisierung, Wertewandel, Digitalisierung etc., ein steter Deutungskampf um die gesellschaftliche Mitte stattfindet. Dieser ist für die Wahl- und damit Machtarithmetik in der Bundesrepublik von entscheidender Bedeutung. Vor dem Hintergrund der Modernisierung und des Substanzverlustes der CDU unter der Führung von Angela Merkel ist dieser Kampf mit der Positionierung der Parteien im politischen Spektrum verzahnt. Das klassische Bild der Union – in Verbindung von CDU/CSU – als Partei, die den gesamten rechten demokratischen Rand abdeckt, ist in dieser Hinsicht unter „Beschuss“. Die obigen Ausführungen haben diese Frontstellung eindrücklich abgebildet. In Verbindung mit sinkender Wahlbeteiligung, abnehmender Parteienidentifizierung und zunehmender Parteien-/Politiker-/Politikverdrossenheit – welche sich mehr oder weniger deutlich empirisch nachweisen lassen (Peters et al. 2013) – sowie dem Aufkommen der AfD und dem ersten, inzwischen relativ beständigen, rechts orientierten Protestphänomen (Pegida) in der bundesrepublikanischen Geschichte ist diese Entwicklung auf der Angebotsseite des Parteiensystems von großer Relevanz.

Die hier vorgenommenen Überlegungen zur Mitte der Gesellschaft sind aufschlussreich hinsichtlich der Kämpfe um Deutungsmacht. Eben gerade weil sie sich nur sehr bedingt mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung dingfest machen lässt, wird die Mitte zu einer Arena der Duelle verschiedener semantischer Füllungen. Hätten wir es mit einem vollkommenen Messverfahren und in der Folge mit (in dieser Hinsicht) vollkommen transparenten BürgerInnen zu tun, deren politische Positionierung in einem Links-Rechts-Schema unzweifelhaft bestimmt werden könnte, würden sich Auseinandersetzungen darüber, was die Mitte ist, erübrigen. Die Mitte der Gesellschaft gehört so unweigerlich zu den „essentially contested concepts“ (Gallie 1956), die zwar weithin als bedeutsam betrachtet werden, die sich einer unbestreitbaren inhaltlichen Fixierung jedoch immer wieder entziehen. Die Rede von der Mitte der Gesellschaft ist Teil der Selbstverständigungs- und Selbstauslegungsprozesse der Gesellschaft, die in Demokratien von niemandem auf legitime Weise zum Abschluss gebracht werden, da sie jederzeit von potenziell jedem wieder neu aufgenommen werden können (Lefort 1988; Greven 2009). Diese Prozesse dürfen wir uns nicht in erster Linie als am Konsens orientierte Gesprächskreise vorstellen. Für die Beteiligten steht auch etwas auf dem Spiel und sie wollen sich nicht zuletzt mit ihren Interessen gegen andere durchsetzen. Dieser Widerstreit erfolgt nach festgelegten Regeln und setzt voraus, dass die KontrahentInnen

die Regeln einhalten, sich einander als Gleichberechtigte achten und an einem auskömmlichen Zusammenleben interessiert sind (Fraenkel 2011).

Der Begriff der Mitte hat dabei den Charme, dass er einerseits mit einer ganzen Reihe von positiven Konnotationen verbunden ist, die eine lange Tradition haben und zugleich inhaltlich so vage sind, dass sie Raum für Interpretation und vielfältige Konkretisierungen bieten: wie z. B. Vernunft, Bodenhaftung, Ausgleich, Stabilität, Verlässlichkeit oder pragmatisches Handeln. Andererseits hängt die Mitte weniger „in der Luft“ als viele andere Begriffe, um deren Bedeutung gestritten wird.²⁹ Es gibt ein paar handfeste Indizien dafür, was und wo die Mitte zu suchen ist. Da ist etwa die relativ einfach zu quantifizierende Einkommensverteilung. Zudem zeichnen sich moderne Demokratien durch eine rege demoskopische Forschung aus. Und schließlich zeigen periodische Wahlen immer wieder, wer im Stande ist, Mehrheiten hinter sich zu versammeln.

Warum aber dient gerade der Mainstream als Feindbild? Der Angriff auf die „Altparteien“, bei dem Unterschiede zwischen den etablierten Parteien kleingeredet werden, ist fraglos charakteristisch für jeden Populismus. Wenngleich dieser alles andere als ein neues Phänomen ist (Dubiel 1986; Taggart 2000), so lassen sich doch Entwicklungen neueren Datums in den westlichen Demokratien ausmachen, die den Angriff auf den Mainstream attraktiv machen und von denen auch der Populismus gegenwärtig zehrt. Nach Pierre Rosanvallon wird das Misstrauen gegenüber der politischen Macht zum zentralen Antrieb der gegenwärtigen Demokratien (Rosanvallon 2008, 2010).³⁰ Die BürgerInnen sind anspruchsvoller geworden, erwarten zunehmend, dass die Politik auf eine Vielzahl partikularer Meinungen und Interessenlagen eingeht und unter einen Hut bringt anstatt One-Size-Fits-All Lösungen gleichsam von oben vorzugeben. Wie Rosanvallon zeigt, ist dies eine ambivalente Konstellation, die zu einer Demokratisierung der Demokratie „von unten“ beitragen kann, aber gleichfalls den Nährboden für eine antipolitische Politikverachtung sowie für einen Populismus bieten könnte, der das Misstrauen gezielt schürt.

Die maßgeblichen Gründe hierfür sieht Rosanvallon in einer erneuten Welle der Individualisierung³¹ sowie der Erschöpfung der großen politi-

29 Man denke etwa an das Bonmot Luhmanns (1993, S. 134), dass Wirtschaftsethik, Staatsraison und englische Küche gleichermaßen in der Gestalt des Geheimnisses daherkämen, um zu verschleiern, dass sie eigentlich gar nicht existieren würden.

30 Mit einem recht einseitigen Verständnis von Transparenz in der Demokratie vgl. auch Han (2012).

31 Wie sie etwa auch Beck (1986), Bauman (2003) beschrieben haben.

schen Ideologien vor allem nach 1990. Dem hinzuzufügen wäre noch die wachsende Bedeutung, die das Internet und insbesondere Social Media in der Lebenswelt einer großen Zahl von Menschen spielen. Die schiere Fülle von Informationen, die immer nur den schon sprichwörtlichen Mausclick entfernt sind, aber auch die Möglichkeit, sich scheinbar vollkommen unabhängig von etablierten Autoritäten zu informieren und mit anderen zu diskutieren, nähren eher noch das Misstrauen gegenüber dem Mainstream in Politik und Medien. Wer will, findet irgendwo im Internet immer Informationen, die gerade nicht die politische Agenda bestimmen und keine Schlagzeilen machen. Ob es sich deshalb um unbequeme Wahrheiten handelt, die unter den Teppich gekehrt werden sollen, ist freilich eine andere Frage. Das kann der Fall sein und dann kann das Internet in der Tat einen wichtigen Beitrag zur Selbstaufklärung der Gesellschaft leisten. Diese Funktion lässt sich mit den Fallbeispielen China oder den Staaten des Arabischen Frühlings zeigen (Demmelhuber 2013; Nosselt 2013).

Allerdings begünstigt die Struktur des Internets im Allgemeinen und die Dynamik von Social Media im Besonderen gerade in den westlichen Demokratien auch das, was landläufig als „Echo Chamber“-Effekt bezeichnet wird (zuerst in: Sunstein 2001): Es besteht die Tendenz, sich gezielt Informationen zu suchen, die zu dem „passen“, was man schon weiß, und die der eigenen Meinung entsprechen. In Social Media-Netzwerken ist zudem zu beobachten, dass in erster Linie NutzerInnen miteinander kommunizieren, die ähnliche Auffassungen haben. So finden jegliche Meinungen in Social Media tendenziell eher Bestätigung, als hinterfragt zu werden. Wer den Eindruck hat, die medial-politische Klasse kehre das eigene „Spezialthema“ unter den Teppich, wird im Handumdrehen einen Kreis von Gleichgesinnten finden. Nicht zuletzt entsteht so leicht eine äußerst verzerrte Vorstellung über die gesellschaftliche Relevanz dieser Themen. Das bedeutet freilich nicht, dass die AfD ein aufgebauschtes Internet-Phänomen wäre. Ganz und gar nicht. Wohl aber kann die AfD mit ihrer Attacke auf den Mainstream auf eine Stimmung rekurrieren, die – neben anderen Faktoren – auch durch die Popularität von Social Media entstanden ist.

Der vorliegende Beitrag fokussierte in zeitlicher Hinsicht auf die Frühphase und die ersten Erfolge der AfD bei Landtagswahlen. Auch seitdem zeigt sich, dass die Partei mit dem Kampf um die Deutung der Mitte erfolgreich Wahlen bestreiten kann. Der propagierte Kampf für die „Mitte“ gegen den „Mainstream“ zieht bislang:

Die AfD profitierte in den Landtagswahlen tatsächlich – abgesehen von der Gruppe der NichtwählerInnen – vor allem von ehemaligen CDU-WählerInnen. Seit dem Spätsommer 2015 rückte vor allem die Flüchtlingspolitik

der CDU-geführten Bundesregierung, die von vielen CDU-AnhängerInnen überaus kritisch gesehen wurde, in den Vordergrund der Anti-Mainstream-Rhetorik. Gerade weil dieses Thema von den anderen Parteien nicht „ausgeschlachtet“ wurde, bot sich der AfD hier die Möglichkeit, sich als Renegatin zu präsentieren, die gegen die Front abgehobener „Mainstream-Parteien“ die Interessen der „normalen“ BürgerInnen vertritt.³²

Nicht selten tun die etablierten Parteien der AfD auch den Gefallen, die Rolle der „Einheitspartei“ zu spielen. Wenn etwa nach jeder kalkulierten Provokation von AfD-PolitikerInnen die Geschlossenheit der „demokratischen Parteien“ beschworen wird oder wenn der politischen Auseinandersetzung demonstrativ aus dem Wege gegangen wird. Auf diese Weise wird der an Verschwörungstheorien grenzenden Rede vom links-autoritären Mainstream Nahrung geben. Stattdessen wäre es angebracht, die AfD als legitimen Gegner zu betrachten, die Widersinnigkeit in der Partei-Rhetorik beim Namen zu nennen, aber auch wachsam dafür zu bleiben, wo der Flirt nach rechts die Grenze zum Antidemokratischen überschreitet.

Schließlich war die AfD erfolgreich damit, über die Mitte-Mainstream-Rhetorik Positionen in den öffentlichen Diskurs einzuspeisen, die noch bis vor kurzem lediglich in rechten Randdiskursen auftauchten. Das bedeutet nicht, dass solche Positionen nunmehr allgemein akzeptiert sind, wohl aber, dass die Begriffe, mit denen die Kämpfe um das Selbstverständnis der Gesellschaft ausgefochten werden, sich wandeln. Ein wichtiges Beispiel ist hier sicherlich der Vorwurf des geplanten „Bevölkerungsaustausches“ durch die Einwanderungs- und Asylpolitik. Demnach ziele die „politische Klasse“ darauf ab, das mutmaßlich gewachsene, kulturell einheitliche Volk aufzulösen durch Zuwanderung. Der zuerst im Umfeld der Neuen Rechten zirkulierende Topos³³ des letztlich existenziellen Kampfes des Volkes gegen die „politische Klasse“ gehört mittlerweile zur Folklore der AfD und ist auf diesem Wege in den breiteren öffentlichen Diskurs eingesickert. Ähnlich sind auch die Einlassungen Frauke Petrys zur Rehabilitierung des Adjektivs „völkisch“ zu verstehen. Es ist hanebüchen, aus „völkisch“ so etwas wie „zum Volk gehörig“ (im Unterschied zum Establishment/dem System/dem Mainstream usw.) und deshalb wahrhaft demokratisch zu machen. Aber gerade diese alle historische Kenntnis souverän leugnende Verdrehung des Begriffs, die von Politik und Medien wiederum nicht unbeantwortet bleiben kann, zeigt, wie sehr sich seit dem Auftreten der AfD das Terrain verändert

32 Alexander Gauland sprach dann auch mit Blick auf die hohe Zahl von AsylbewerberInnen von einem „Geschenk“ für seine Partei.

33 Bekannt geworden zuerst in Frankreich durch Renaud Camus' *Le grand remplacement*.

hat, auf dem um die Deutungsmacht über die gesellschaftliche Mitte gekämpft wird.

Literatur

- Adam, K. (2014): Ich kann die Furcht vor der Islamisierung verstehen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 17.12.2014.
- Adam, K. (2015): Wie die Christen schon einmal die Türken schlugen. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 04.01.2015.
- AfD (2013): Wahlprogramm Parteitagbeschluss vom 14.04.2013, o. O.
- AfD (2014a): Mut zu Deutschland. Für ein Europa der Vielfalt. Programm der Alternative für Deutschland (AfD) für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014, o. O.
- AfD (2014b): Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland. Mai 2014, o. O.
- AfD Sachsen (2014): AfD Sachsen Wahlprogramm 2014. Langfassung. Zwickau.
- AfD Thüringen (2014): Wahlprogramm der Alternative für Deutschland in Thüringen zur Landtagswahl am 14. September 2014, o. O.
- Alemann, U. (2010): Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS.
- Amann, M./Trenkamp, O. (2015): Machtkampf der Eurokritiker: AfD-Führung bestellt Lucke zu Partei-Tribunal ein, www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-petry-gauland-adam-laden-bernd-lucke-vor-a-1011075.html (Abruf: 25.08.2017).
- Aristoteles (1965): Politik. Nach der Übersetzung von Franz Susemihl bearbeitet und herausgegeben von Nelly Tsouyopoulos und Ernesto Grassi. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Auswärtiges Amt (2015): Review 2014. Außenpolitik weiterdenken. Berlin.
- Bardi, L./Bartolini, S./Trechsel, A. (2014): Party Adaptation and Change and the Crisis of Democracy. In: *Party Politics* 20(2), S. 151–159.
- Bauman, Z. (2003): Flüchtige Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bebnowski, D./Kumkar, N. (2013): Jeder hat Angst, seinen Besitzstatus zu verlieren. Die Anti-Euro-Proteste. In: Franz Walter et al. (Hrsg.) *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen.* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 219–249.
- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bender, S./Bianchi, M./Hohl, K./Jüschke, A./Schoofs, J./Steitz, S. (2015): Die ideologisch-programmatischen Positionen der Parteien bei der Bundestagswahl 2013: Eine Analyse mit dem Duisburger-Wahl-Index (DWI). In: Korte, K-R. (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung.* Wiesbaden: Springer VS, S. 165–184.
- Best, V. (2009): Die Strategie der kommunizierten Ehrlichkeit im CDU/CSU-Bundestagswahlkampf 2005. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 40(3), S. 579–602.
- Boudon, R. (1989): *The Analysis of Ideology.* Chicago: University of Chicago Press.
- Castells, M. (2010): *The Information Age.* Chichester: Wiley-Blackwell.
- Conze, W. (1978): Mittelstand. In: Brunner, O./Conze, W./Koselleck, R. (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Band 4.* Stuttgart: Klett-Cotta, S. 49–92.

- Dalton, R. J./Welzel, C. (2014): Political Culture and Value Change. In: Dalton, R. J./ Welzel, C. (Hrsg.): *The Civic Culture Transformed. From Allegiant to Assertive Citizens*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 1–16.
- Demmelhuber, T. (2013): Neue Medien, Protest und politische Veränderung im Nahen Osten. Überlegungen am Beispiel des Arabischen Frühlings. In: Kneuer, M. (Hrsg.): *Das Internet. Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie*. Baden-Baden: Nomos, S. 227–247.
- Dubiel, H. (1986): *Populismus und Aufklärung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Downs, A. (1957): An Economic Theory of Political Action in a Democracy. In: *The Journal of Political Economy* 65(2), S. 135–150.
- Easton, D. (1965): *A Systems Analysis of Political Life*. New York: Wiley.
- The Economist (2015): Defeat on the Elbe, 21.02.2015, <http://www.economist.com/news/europe/21644208-election-hamburg-underlines-domestic-weakness-angela-merkel-defeat-elbe> (Abruf: 27.09.2016)
- Fischer, P. (2007): *Mitte, Maß und Mäßigkeit. Zur Idee und Relevanz eines gesellschaftlichen Mittebezugs*. Hamburg: Kovac.
- Fraenkel, E. (2011): *Deutschland und die westlichen Demokratien*. Baden-Baden: Nomos.
- Friedman, T. L. (2005): *The World is Flat: A Brief History of the Twenty-First Century*. New York: Holtzbrinck Publishers.
- Gallie, W. B. (1956): Essentially Contested Concepts. In: *Proceedings of the Aristotelian Society*, Band 56, S. 167–198.
- Gauland, A. (2013): Brief an konservative Parteifreunde, <https://www.alternativefuer.de/2013/12/29/brief-an-konservative-partreifreunde/> (Abruf: 08.01.2014)
- Greven, M. Th. (2009): *Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezision als Probleme des Regierens und der Politik*. Wiesbaden: VS.
- Han, B.-C. (2012): *Transparenzgesellschaft*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Häusler, A. (2013): *Die Alternative für Deutschland. Eine neue rechtspopulistische Partei?* Düsseldorf: Heinrich-Böll-Stiftung NRW.
- Häusler, A. (2014): *Mut zur Wahrheit? Entstehungskontext, Entwicklung und gesellschaftspolitische Positionen der „Alternative für Deutschland“*. Berlin: DGB.
- Held, D./McGrew, A./Goldblatt, D./Perraton, J. (1999): *Global Transformations. Politics, Economics, Culture*. Oxford: Polity Press.
- Hennis, W. (1998): *Auf dem Weg in den Parteienstaat. Aufsätze aus vier Jahrzehnten*. Stuttgart: Reclam.
- Hirscher, G. (2014): *Wohin geht die bürgerliche Mehrheit? Die Unionsparteien in den Wahlen 2010 bis 2013*. München: Hanns-Seidel-Stiftung.
- Höcke, B. (2014): *Die AfD betreibt keinen billigen Populismus*. Interview. In: *Arnstädter Stadtecho*, September 2014.
- Höcke, B. (2015): *Meldung AfD-Thüringen, afd-thueringen.de/2015/01/hoecke-merkel-wendet-sich-in-neujahrsansprache-gegen-das-eigene-volk/* (Abruf 12.01.2015).
- Höcke, B./Poggenburg, A. (2015): *Erfurter Resolution, http://derfluegel.de/die-erfurter-resolution-wortlaut-und-erstunterzeichner/* (Abruf: 25.08.2017).
- Hotelling, H. (1929): Stability in Competition. In: *The Economic Journal* 39(153), S. 41–57.
- Inglehart, R. (1998): *Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Ländern*. Frankfurt am Main: Campus.

- Infratest dimap (2013): WahlREPORT Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013. Berlin.
- Infratest dimap (2014a): WahlREPORT Sachsen 2014. Eine Analyse der Wahl vom 31. August 2014. Berlin.
- Infratest dimap (2014b): WahlREPORT Brandenburg 2014. Eine Analyse der Wahl vom 14. September 2014. Berlin.
- Infratest dimap (2014c): WahlREPORT Thüringen 2014. Eine Analyse der Wahl vom 14. September 2014. Berlin.
- Jahn, D. (2011): Conceptualizing Left and Right in Comparative Politics: Toward a Deductive Approach. In: *Party Politics* 17(6), S. 745–765.
- Jahn, D. (2014): Waht is Left and Right in Comparative Politics? A Response to Simon Franzmann. In: *Party Politics* 20(2), S. 297–301.
- Jung, M./Schroth, Y./Wolf, A. (2015): Wählerverhalten und Wahlergebnis: Angela Merks Sieg in der Mitte. In: Korte, K-R. (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung*. Wiesbaden: VS, S. 35–53.
- Kemper, A. (2013): *Rechte Euro-Rebellion: Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e. V.* Münster: Edition Assemblage.
- Kemper, A. (2014): *Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD. Eine Expertise*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Kirchheimer, O. (1965): Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. In: *Politische Vierteljahresschrift*, Band 6(1), S. 20–41.
- Kornelius, S. (2013): *Angela Merkel. Die Kanzlerin und ihre Welt*. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Körper-Stiftung (2014): *Die Sicht der Deutschen auf die Außenpolitik*. Berlin: Körper-Stiftung.
- Kriesi, H./Grande E./Dolezal M./Helbling M./Höglinger D./Hutter S./Wüest B. (2012): *Political Conflict in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Laclau, E./Mouffe, C. (2001): *Hegemony and socialist strategy. Towards a radical democratic politics*. London und New York: Verso.
- Langguth, G. (2001): *Das Innenleben der Macht. Krise und Zukunft der CDU*. München: Ullstein.
- Lefort, C. (1988): *The Question of Democracy*. In: *Democracy and Political Theory*. Minneapolis: University of Minnesota Press, S. 9–20.
- Lenk, K. (2009): Vom Mythos der politischen Mitte. In: *APuZ* 38/2009, S. 15–20.
- Lo, J./Proksch, S-O./Gschwend, T. (2014): A Common Left-Right Scale for Voters an Parties in Europe. In: *Political Analysis*, Band 22(2), S. 205–223.
- Lucke, B. (2014): Warnung vor dem zentralistischen Überstaat. In: *Handelsblatt* 25.01.2014.
- Manin, B. (2007): *Kritik der repräsentativen Demokratie*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Merkel, A. (1999) Die von Helmut Kohl eingeräumten Vorgänge haben der Partei Schaden zugefügt. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 22.12.1999.
- Merkel, A. (2015): Neujahrsansprache 2015, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2010-2015/2015/01/01-1-bk-neujahr.html> (Abruf: 14.11.2017).
- Mudde, C. (2007): *Populist radical right parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Müller, Jan-Werner (2010): *Verfassungspatriotismus. Eine systematische Verteidigung*. In: *Vorgänge* 3, S. 111–118.

- Münkler, H. (2009): Die Deutschen und ihre Mythen. Berlin: Rowohlt.
- Münkler, H. (2012): Maß und Mitte. Der Kampf um die richtige Ordnung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Nestler, C. (2014): Einzelbewerber bei den Bundestagswahlen 1949 bis 2013 – zahlreich aber chancenlos. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 45(4), S. 796–811.
- Nestler, C. (2015): Protest als Selbstzweck? Eine empirische Studie zu Protestzusammenhängen und Parteienwettbewerb in Deutschland. In: Kneuer, M. (Hrsg.): Standortbestimmung Deutschlands: Innere Verfasstheit und internationale Verantwortung. Baden-Baden: Nomos, S. 253–277.
- Nestler, C./Rohgalf, J. (2014): Eine deutsche Angst – Erfolgreiche Parteien rechts von der Union: Zur AfD und den gegenwärtigen Gelegenheitsstrukturen des Parteienwettbewerbs. In: Zeitschrift für Politik 61(4), S. 413–789.
- Neusüss, A. (1972): Schwierigkeiten einer Soziologie des utopischen Denkens. In: Neusüss, A. (Hrsg.): Utopie. Begriff und Phänomen des Utopischen. Neuwied und Berlin: Luchterhand, S. 13–114.
- Niclauß, K. (2015): Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Angela Merkel. Wiesbaden: VS.
- Niedermayer, O. (2015): Das deutsche Parteiensystem nach der Bundestagswahl 2013. In: Niedermayer, O. (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013. Wiesbaden: VS, S. 1–23.
- Nohlen, D./Stöver, P. (Hrsg.) (2010): Elections in Europe. A Data Handbook. Baden-Baden: Nomos.
- Nosselt, N. (2013): Das Internet in China: Public Sphere oder autokratisches Kontrollinstrument. In: Kneuer, M. (Hrsg.): Das Internet. Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie. Baden-Baden: Nomos, S. 248–274.
- Ockenfels, W. (2009): Das hohe C. Wohin steuert die CDU? Augsburg: Sankt Ulrich.
- Onken, H. (2013): Parteiensysteme im Wandel. Deutschland, Großbritannien, die Niederlande und Österreich im Vergleich. Wiesbaden: VS.
- Oppenhäuser, H. (2013): Demokratische Querfronten? Der neue Rechtspopulismus und die Ambivalenz der direkten Demokratie. In: Prokla 43(2), S. 277–295.
- Patzelt, W. J. (2015a): Edel sei der Volkswille. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 21.01.2015.
- Patzelt, W. J. (2015b): Was und wie denken Pegida-Demonstranten? Analyse der Pegida-Demonstranten am 25.01.2015 in Dresden. Ein Forschungsbericht, http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/polsys/for/pegida/patzelt-analyse-pegida-2015.pdf (Abruf 25.08.2017).
- Pautz, H. (2005): Die deutsche Leitkultur: eine Identitätsdebatte. Neue Rechte, Neorassismus und Normalisierungsbemühungen. Stuttgart: Ibidem.
- Peters, T./Hierlemann, D./Vehrkamp, R. B./Wrail, C. (2013): Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- Plehwé, D./Schlögl, M. (2014): Europäische und zivilgesellschaftliche Hintergründe der euro(pa)skeptischen Partei Alternative für Deutschland (AfD). Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung Discussion Paper SP III 2014–501.
- Polibarometer (2015): Politbarometer vom 16.01.2015.
- Popper, K. R. (1980): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Band I: Der Zauber Platons. Tübingen: Francke u. a.

- Priester, K. (2008): Populismus als Protestbewegung. In: Häusler, A (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden: VS, S. 19–36.
- Rensmann, L. (2006): Populismus und Ideologie. In: Decker, F (Hrsg.): Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?. Wiesbaden: VS, S. 59–80.
- Rohgalf, J. (2015a): Jenseits der großen Erzählungen. Zur politischen Theorie von Utopie und politischem Mythos in der Moderne und Spätmoderne. Wiesbaden: VS.
- Rohgalf, J. (2015b): Subsidiarität als Kampfbegriff. In: Korte, K.-R. (Hrsg.): Emotionen und Politik, Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP) Band 32, Baden-Baden: Nomos, S. 297–316.
- Rosanvallon, P. (2008): Counter Democracy. Politics in an Age of Distrust. Cambridge u. a.: Cambridge University Press.
- Rosanvallon, P. (2010): Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe. Hamburg: Hamburger Edition.
- Rucht, D. et al. (2015): Bewegungsforschung am Limit: Eine soziologische Annäherung an Pegida, www.wzb.eu/sites/default/files/u6/pegida-report_berlin_2015.pdf (Abruf 25.08.2017).
- Schmidt, M. G. (2010): Wörterbuch zur Politik. 3. Auflage. Stuttgart: Kröner.
- Schmidt, M. G. (2014): The Policy of Strategic Demobilisation: The Social Policy of the Christian Democratic-Liberal Coalition, 2009–13. In: German Politics, Band 23(4), S. 353–370.
- Sonthheimer, K. (2004): Die Kontinuität antidemokratischen Denkens. Von der Weimarer Republik bis zur Bundesrepublik. In: Gessenharter, W./Pfeiffer T.(Hrsg.): Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?. Wiesbaden: VS, S. 19–29.
- Stein, T. (2008): Gibt es eine multikulturelle Leitkultur als Verfassungspatriotismus?. In: Leviathan 36(1), S. 33–53.
- Strauß, F. J. (1989): Franz Josef Strauß. Die Erinnerungen. München: Goldmann.
- Sunstein, C. (2001): Republic.com. Princeton: Princeton University Press.
- Taggart, P. A. (2000): Populism. Buckingham: Open University Press.
- Vollmer, A. M. (2013): Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG). Baden-Baden: Nomos.
- Vorländer, H./Herold M./Schäller S. (2015): Wer geht warum zu PEGIDA-Demonstrationen? Präsentation der ersten empirischen Umfrage unter PEGIDA-Teilnehmern, <http://tu-dresden.de/aktuelles/news/Downloads/praespeg> (Abruf 20.01.2016).
- Wagner, A. (2014): Wandel und Fortschritt in den Christdemokratien Europas. Christdemokratische Elegien angesichts fragiler volksparteilicher Symmetrien. Wiesbaden: VS.
- Wagschal, U./König, P. (2015): Die Links-Rechts-Positionierung der Parteien bei den Bundestagswahlen 2005 bis 2013: Eine empirische Analyse anhand des Wahl-O-Mat. In: Korte, K.-R. (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung. Wiesbaden: VS, S. 185–210.
- Walter, F./Werwath, C./d'Antonio O. (2011): Die CDU. Entstehung und Verfall christdemokratischer Geschlossenheit. Baden-Baden: Nomos.
- Walter, F. et al. (2015): Aktuelle Forschungsergebniss zu Pegida (Präsentation), www.demokratie-goettingen.de/blog/studie-zu-pegida (Abruf 20.01.2016).
- Weber, M. (2006): Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Erfstadt: Area Verlag.

- Weiß, V. (2011): Deutschlands Neue Rechte. Angriff der Eliten. Von Spengler bis Sarrazin. Paderborn: Schöningh.
- Wulff, C. (2010): Vielfalt schätzen – Zusammenhalt fördern. Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit. Bremen 03.10.2010, www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/10/20101003_Rede.html (Abruf 20.01.2016).
- Zohlnhöfer, R./Engler, Fabian (2015): Der Parteienwettbewerb und seine Polica-Implikationen in der 17. Wahlperiode. In: Zohlnhöfer, R./Saalfeld, T. (Hrsg.): Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009–2013. Wiesbaden: VS, S. 137–167.
- Zolleis, U./Schmid, J. (2013): Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU). In: Niedermayer, O. (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden: VS, S. 415–437.
- Zolleis, U. (2015): Auf die Kanzlerin kommt es an. Die CDU unter Angela Merkel. In: Zohlnhöfer, R./Saalfeld, T. (Hrsg.): Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009–2013. Wiesbaden: VS, S. 73–91.
- Zolleis, U./Schmid, J. (2015): Die CDU unter Angela Merkel – der neue Kanzlerwahlverein?. In: Niedermayer, O. (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013. Wiesbaden: VS, S. 25–48.
- Zürn, M. (1998): Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance. Frankfurt am Main: Suhrkamp.